

ePub^{WU} Institutional Repository

Peter Bardos and Viktoria Duda

Verträge in Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn nach ungarischem Recht

Working Paper

Original Citation:

Bardos, Peter and Duda, Viktoria (2002) Verträge in Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn nach ungarischem Recht. *Arbeitspapiere des Forschungsinstituts für mittel- und osteuropäisches Wirtschaftsrecht*, 91. WU Vienna University of Economics and Business, Vienna.

This version is available at: <http://epub.wu.ac.at/3399/>

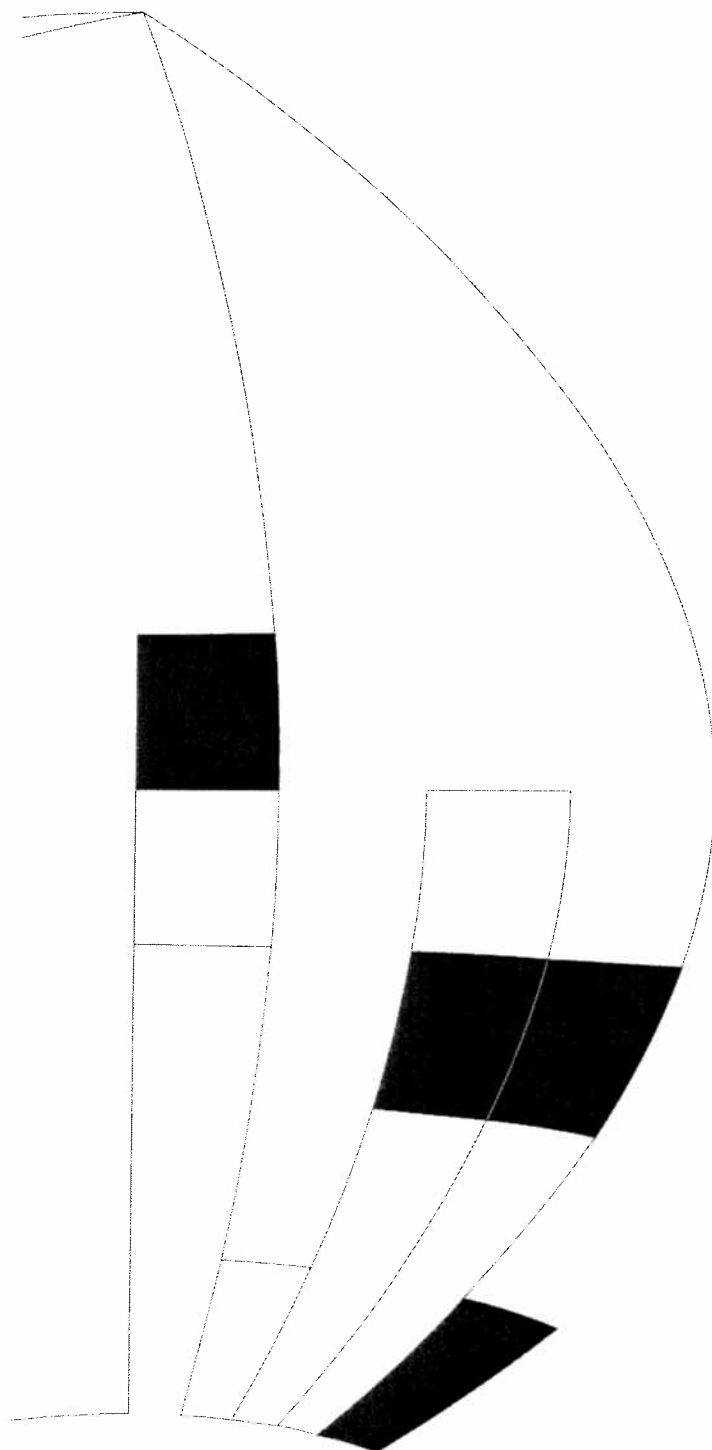
Available in ePub^{WU}: January 2012

ePub^{WU}, the institutional repository of the WU Vienna University of Economics and Business, is provided by the University Library and the IT-Services. The aim is to enable open access to the scholarly output of the WU.

Verträge in Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn nach ungarischem Recht

Péter Bárdos

Unter Mitarbeit von
Viktória Gy. Duda



Nummer : 91
Stand: 2002

Reihe: Arbeitspapiere
Hrsg: Univ.Prof. Dr. Peter Doralt

Dieses Arbeitspapier ist aus dem Seminar hervorgegangen, das Herr Prof. Péter Bárdos am 7. Oktober 2002 am Forschungsinstitut für mittel- und osteuropäisches Wirtschaftsrecht zum Thema *Verträge in Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn nach ungarischem Recht* gehalten hat. Die schriftliche Ausarbeitung des Vortrages soll dem Praktiker und dem interessierten Rechtsanwender helfen, sich einen ersten Einblick in das geltende ungarische Vertragsrecht zu verschaffen und weiters als Nachschlagewerk bei konkreten Rechtsfragen dienen. Ansatzweise wurden auch die Rechtsfragen angeschnitten, die bei der gegenwärtigen Neukodifikation des gesamten ungarischen Privatrechts die wichtigsten Diskussionspunkte liefern. Die Ausarbeitung des Themas in Form eines Arbeitspapiers erfolgte unter der Mitarbeit von Frau Mag. Viktória Duda.

Herzlicher Dank gebührt Frau Mag. Meera Ramakrishnan (Wissenschaftliche Mitarbeiterin am FOWI und Rechtsanwaltskonzipientin in Wien) sowohl für die Hilfe bei der Abwicklung des Seminars als auch für die freundliche Unterstützung bei der schriftlichen Ausarbeitung.

Péter Bárdos

Viktória Gy. Duda

Péter Bárdos

Dr. iur., ist selbständiger Rechtsanwalt; weiters Vortragender und Prof. h.c. an der Eötvös Lóránd Universität, Budapest. Seine Lehrtätigkeit umfasst verschiedene zivil- und handelsrechtliche Themen. Er ist ein renommierter ungarischer Rechtswissenschaftler und Autor von zahlreichen Publikationen, vor allem in den Bereichen Rechtstheorie, Handelsrecht, Versicherungsrecht und Schadenshaftung.

Viktória Gy. Duda

Mag. iur., wissenschaftliche Mitarbeiterin und Landesreferentin für Ungarn am Forschungsinstitut für ost- und mitteleuropäisches Wirtschaftsrecht an der Wirtschaftsuniversität Wien.

INHALTSVERZEICHNIS

1. RECHTSWAHL	5
2. RECHTSQUELLEN.....	9
2.1. DIE WICHTIGSTEN RECHTSQUELLEN IM ÜBERBLICK.....	10
2.1.1. ANMERKUNGEN ZU DEN GENANNTEN WICHTIGSTEN RECHTSQUELLEN.....	11
2.1.1.1. Gesetz Nr. IV. aus dem Jahre 1959: Zivilgesetzbuch.....	11
2.1.1.1.1. Historischer Hintergrund.	11
2.1.1.1.2. Aufbau des uZGB.	12
2.1.1.1.3. Einiges über die neue Kodifikation.....	13
2.1.1.2. Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 18 aus dem JAHRE 1978 über die Anwendung des Zivilgesetzbuches auf die internationalen Handelsbeziehungen.....	15
2.1.1.3. Gesetz Nr. X aus dem Jahre 1993 über die Produkthaftung und das... Gesetz Nr. LVII aus dem Jahre 1996 über den unlauteren Wettbewerb	15
2.1.1.5. Gesetz Nr. III aus dem Jahre 1952 über die Zivilprozessordnung.	16
2.1.1.6. Gesetz Nr. LXXI aus dem Jahre 1994 über die Schiedsgerichtsbarkeit.	16
2.1.1.7. Gesetz Nr. III aus dem Jahre 1974 über den Aussenhandel und das .. Gesetz Nr. XCIII aus dem Jahre 2001 Über die Aufhebung der devisenrechtlichen Beschränkungen	16
3. VERTRÄGE.....	17
3.1. VERTRAGSGESTALTUNG.....	17
3.2. VERTRAGSABSCHLUSS.....	18
3.3. VERTRAGSERFÜLLUNG.....	20
3.4. VERTRAGSBRUCH.....	21
3.5. NICHT GEREGLTE FRAGEN DES UN-KAUFRECHTES (WIENER KAUFRECHTSABKOMMEN)	23
3.5.1. Gültigkeit des Vertrages	24
3.5.2. Verjährungsfristen	24
3.5.3. Eigentumsübergang	25
3.5.4. Vertragssicherheiten.....	25
3.5.4.1. Pfandrecht.....	26
4. GERICHTSSYSTEM	28
4.1. SYSTEM DER ZIVILGERICHTE	29
4.1.1. Aufbau und Funktion des ungarischen Gerichtssystems.....	29
4.1.2. Phasen des Prozessverfahrens.....	34
4.2. SCHIEDSGERICHTSBARKEIT	35
5. FORDERUNGSEINTREIBUNG	36

Die kontinuierliche Zunahme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Ungarn deutet darauf hin, dass auch die Rechtsbestimmungen für Handelsverträge zwischen den beiden Ländern von ständig wachsender Bedeutung sein werden. Das wirft insbesondere Fragen im Hinblick auf Rechtswahl, Vertragsgestaltung, Gerichtssystem und Forderungseintreibung auf; all dies aus der Sicht des ungarischen Rechtes.

1. RECHTSWAHL

Ein bilateraler Handelsvertrag unterliegt in den folgenden Fällen dem ungarischen Recht:

1. Die Parteien haben kein anzuwendendes Recht vereinbart und der Rechtsstreit kommt vor ein ungarisches Forum. In diesem Fall wird die natürliche Neigung des Gerichtes, das eigene Recht anzuwenden von den ungarischen IPR- Normen nur noch bekräftigt.
2. Im Vertrag wurde zwar kein anzuwendendes materielles Recht, wohl aber ein ungarisches Forum ausbedungen.
3. Die Parteien haben die Anwendung des ungarischen (materiellen) Rechts vereinbart.

Nach ungarischem Recht ist die Grundbedingung für jede Rechtswahl, dass der Sachverhalt ein Auslandselement aufweist, was bei einer österreichisch-ungarischen Handelsbeziehung naturgemäß von vornherein gegeben ist.

Für eine Rechtswahl sind weiters die Prinzipien des ungarischen IPR zu berücksichtigen:

1. Grundsätzlich besteht *Wahlfreiheit*, die einer zweifachen Einschränkung unterliegt. Erstens wird sie durch das *Verbot der arglistigen Koppelung* eingeschränkt: Es ist verboten, das Auslandselement in schlechtem Glauben, dh in Umgehungsabsicht, "künstlich" herbeizuführen. Zweitens besteht die Begrenzung durch das *ordre public*: die Rechtswahl der Parteien darf nicht dazu führen, dass Rechtsvorschriften zur Anwendung kommen, die im krassen Widerspruch zu den Ordnungsprinzipien der ungarischen Rechtsordnung stehen.

Es besteht weder eine gesetzliche Vorschrift noch Rechtsprechung, welche die öffentliche Ordnung definieren würde, aber laut informeller Auskunft des ungarischen Justizministeriums handelt es sich hier nicht etwa um die Gesamtheit aller zwingenden Rechtsvorschriften, sondern viel eher um verallgemeinerbare Ordnungsprinzipien, wie sie beispielsweise in der Verfassung der Republik Ungarn verankert sind.

In den bilateralen Handelsbeziehungen kommt meistens entweder österreichisches oder ungarisches Recht zur Anwendung, das Recht eines Drittlandes eher selten, wenn doch, wird zB schweizerisches Recht des Öfteren gewählt.

2. Die Beurteilung der Rechtswahl erfolgt nach dem *Gesamtheitsprinzip*: Wenn bezüglich des (materiellen) Rechtes eine Vereinbarung getroffen worden ist, ist diese Wahl für den gesamten Vertrag (inklusive Sicherheiten) maßgeblich. Die Auslegung dieses Grundsatzes erweist sich in der Praxis manchmal als ziemlich schwierig.
3. Aus dem *Unmittelbarkeitsprinzip* folgt auch das *Verbot des renvoi*: Eine Rechtswahl bedeutet immer die Wahl des materiellen Rechts (würde es auch die des IPR mit einschließen, käme man in einen unlösbaren Teufelskreis von Rechtsverweisungen).

Neben diesen rechtlichen Grundprinzipien sind auch Aspekte, die aus der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Realität herrühren, zu berücksichtigen. So muss man sich etwa vor Augen halten, dass in der Regel die österreichische Partei die wirtschaftlich Stärkere ist und daher meistens "das Sagen hat". Auch wenn der Vertrag beispielsweise einen Bau in Ungarn betrifft, nehmen es die ungarischen Parteien oft in Kauf, österreichisches Recht zu vereinbaren. Von wesentlichem Interesse ist auch der Bekanntheitsgrad des gewählten Rechts sowohl von Seiten der Parteien als auch von Seiten der Gerichte. Zwischen österreichischem und ungarischem Recht kann es gravierende Unterschiede geben, man denke zum Beispiel an die unterschiedlichen Haftungsregelungen.

Die Regelung des uIPR ist, was die Jurisdiktion der ungarischen Gerichte betrifft, in zwei Bereichen zwingend, nämlich hinsichtlich der *ausschließlichen* und der *ausgeschlossenen* Jurisdiktion.

Ausschließliche Jurisdiktion der ungarischen Gerichte besteht, wenn:

- der persönliche Status von ungarischen Staatsbürgern,
- eine Liegenschaft in Ungarn,
- eine Verlassenschaft von ungarischen Staatsbürgern (in Ungarn),
- ein Verfahren gegen die Republik Ungarn, bzw. gegen ein Verwaltungsorgan des ungarischen Staates,
- die Vernichtung von in Ungarn ausgestellten Wertpapieren,
- ein in Ungarn registriertes Patentrecht oder
- ein Verfahren gegen einen ungarischen Diplomaten

betroffen ist.

Demgegenüber ist die Jurisdiktion ungarischer Gerichte ausgeschlossen, wenn es sich um

- ein Verfahren gegen einen ausländischen Staat, bzw dessen Verwaltungsorgane,
- im Ausland registrierte Patentrechte oder um
- Verfahren gegen ausländische Diplomaten

handelt.

Ein wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit der Jurisdiktion ordentlicher Gerichte ist die Vollstreckbarkeit, - zwischen den Staaten Österreich und Ungarn wurde bislang kein Vollstreckbarkeitsabkommen abgeschlossen. Daher ist ein Gericht in Österreich nicht verpflichtet, ein ungarisches Gerichtsurteil zu vollstrecken und ebenso wenig ist die Vollstreckung österreichischer Urteile in Ungarn gewährleistet. Wenn es wegen der mangelnden Vollstreckbarkeit der Urteile zu einem neuen Prozess in derselben Sache im jeweiligen anderen Staat kommt, sind natürlich die heimischen Gerichte dort keineswegs an die (inhaltlichen) Entscheidungen der Gerichte des anderen Staates gebunden.

Anders verhält es sich mit den Entscheidungen der Schiedsgerichte: Ausländische Schiedssprüche sind nach dem New Yorker Abkommen anzuerkennen und zu vollstrecken.

Eine, mit der Rechtswahl eng zusammenhängende Frage ist die Wahl des Forums, die im Sinne des uIPR im Grunde genommen ebenso frei ist, wie die Rechtswahl. Diese Freiheit bezieht sich gleichfalls auf die Wahl zwischen dem ordentlichen Gericht und dem Schiedsgericht und zwischen den möglichen Formen der Schiedsgerichtsbarkeit, auf die ich später auch näher eingehe. Ein kurzer qualitativer Vergleich der Möglichkeiten scheint allerdings schon an dieser Stelle angebracht zu sein.

Wenn man die Funktionsweise der ordentlichen Gerichte in Ungarn mit der eines Schiedsgerichtes - sei es institutionell oder ad hoc zustande gekommen - anhand der Kriterien Schnelligkeit, Fachwissen, Kosten und Vollstreckbarkeit vergleicht, bestehen erhebliche Unterschiede.

Aufgrund einer subjektiven, auf langjähriger Anwaltspraxis beruhenden Erfahrung, kann man die ungarischen ordentlichen Zivilgerichte in Rechtsstreitigkeiten, die den internationalen Handel betreffen, wohl als langsam und wenig fachkundig (vor allem dann, wenn Rechtsfragen mit ausländischen Elementen betroffen sind) einstufen. Die Kosten eines Gerichtsprozesses betragen 2-mal 6% des Prozesswertes (jeweils 6% in erster und in zweiter Instanz), bzw maximal USD 7.500. Die Vollstreckbarkeit ordentlicher Gerichtsurteile in Ungarn ist gewährleistet.

Die Verfahren beim Schiedsgericht der Ungarischen Handelskammer sind ausreichend schnell, was sicherlich auch im Interesse der Schiedsrichter, das Verfahren nicht ewig hinauszuzögern, liegt. Die Schiedsrichter sind zum Teil sehr gute Fachleute. Bei einem Streitwert von 100.000,- - 1.000.000,- USD kann man mit Prozesskosten in der Höhe von USD 6.620,- - 25.255,- rechnen. Die Vollstreckbarkeit der Schiedssprüche ist gesichert, und läuft im Normalfall vor jedem ungarischen Gericht problemlos ab, was zum Teil dem guten Ruf der Schiedsgerichte vor den ordentlichen Gerichten zu verdanken ist.

Vor dem Schiedsgericht der Österreichisch-Ungarischen Handelskammer ist die Gründungsphase des Verfahrens etwas umständlicher, in der Folge verläuft das Verfahren jedoch zügig.

Die *Ad-hoc*-Variante der Schiedsgerichtsbarkeit wird heutzutage noch eher selten gewählt, obwohl die Wahl dieser Variante die wirkliche Absicht der Parteien

ausdrückt, die Streitigkeiten möglichst unbürokratisch lösen zu wollen. Bei der *Ad hoc*-Schiedsgerichtsbarkeit werden die einzelnen Gesichtspunkte des Verfahrens, wie die Wahl des Schiedsrichter (oder der Schiedsrichter) und die Kosten des Verfahrens für den Einzelfall ausgehandelt. Die Vollstreckbarkeit ist genauso gut gewährleistet, wie bei der Durchführung eines institutionell administrierten Verfahrens.

2. RECHTSQUELLEN

Des Weiteren werden die wichtigsten Rechtsquellen, die als Folge der Wahl des ungarischen Rechtes zur Anwendung kommen können, kurz erläutert.

Zwei vorausgehende Anmerkungen:

- Die ungarische Rechtsordnung kennt kein Handelsrecht im Sinne eines Sonderprivatrechts für Kaufleute; dementsprechend gibt es auch kein Handelsgesetzbuch; daher kommt für Handelsverträge das uZGB zur Anwendung. Für das Gesellschaftsrecht gibt es einen selbständigen Gesetzescorpus, das Gesetz über die Wirtschaftsgesellschaften (GWG, ungarisch: Gt), wobei aber primär auch hier das uZGB maßgebend ist. Handelsrecht ist nur an einigen (wenigen) juristischen Fakultäten ein Studienfach im Rahmen des regulären rechtswissenschaftlichen Studiums in Ungarn (an der renommiertesten juristischen Fakultät, der Juristischen Fakultät der Universität Eötvös Lóránd Budapest wird das Studienfach Handelsrecht nicht angeboten).
- Es gibt in Ungarn eine besondere Art von Rechtsvorschriften, die man „Verordnungen mit Gesetzeskraft“ nennt. Die Existenz dieser Rechtsvorschrift hat historische Gründe: Vor der Wende tagte das Parlament lediglich zweimal im Jahr, und diese Tagungen waren für die wichtigsten Themen, wie etwa dem Budget vorbehalten. Zwischen den beiden Tagungen übernahm der sog Präsidialrat die Gesetzgebungsfunktion, mit der Kompetenz, die genannte Art von Rechtsvorschriften zu erlassen. Sie wurden „Verordnungen mit Gesetzeskraft“ genannt, weil sie *de iure* die Kraft eines Gesetzes besaßen. Gegenwärtig tagt das ungarische Parlament in ständiger Sitzung, daher kennt die heutige Legislative diese veraltete Form nicht mehr. Zahlreiche, in früheren Zeiten erlassene

„Verordnungen mit Gesetzeskraft“ sind aber heute noch Bestandteil des geltenden Rechts.

2.1. DIE WICHTIGSTEN RECHTSQUELLEN IM ÜBERBLICK.

- Gesetz Nr. IV. aus dem Jahre 1959: Zivilgesetzbuch¹
- Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 18 aus dem Jahre 1978 über die Anwendung des Zivilgesetzbuches auf die internationalen Handelsbeziehungen
- Gesetz Nr. X aus dem Jahre 1993 über die Produkthaftung²
- Gesetz Nr. LVII aus dem Jahre 1996 über den unlauteren Wettbewerb³
- Verordnung des Justizministers Nr. 1 aus dem Jahre 1965 über Verkündung des Genfer Abkommens über den Wechsel⁴
- Internationale Transportabkommen (zB: COTIF, CMR)
- Gesetz Nr. III aus dem Jahre 1952 über die Zivilprozessordnung⁵
- Gesetz Nr. LXXI aus dem Jahre 1994 über die Schiedsgerichtsbarkeit⁶
- Verordnung mit Gesetzeskraft Nr. 25 aus dem Jahre 1962 über die Verkündung des New Yorker Abkommens über die Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Schiedssprüchen⁷
- Gesetz Nr. III aus dem Jahre 1974 über den Außenhandel⁸

¹ Magyar Közlöny (*Ungarische Mitteilungsblätter*) 1959/82. (VIII.11.)

² Magyar Közlöny (*Ungarische Mitteilungsblätter*) 1993/24. (III.2.)

³ Magyar Közlöny (*Ungarische Mitteilungsblätter*) 1996/56. (VII.10)

⁴ Magyar Közlöny (*Ungarische Mitteilungsblätter*) 1965/6. (I.24.)

⁵ Magyar Közlöny (*Ungarische Mitteilungsblätter*) 1952/48 (VI.6.)

⁶ Magyar Közlöny (*Ungarische Mitteilungsblätter*) 1994/116. (XI.28)

⁷ Magyar Közlöny (*Ungarische Mitteilungsblätter*) 1962/78. (X.22.)

⁸ Magyar Közlöny (*Ungarische Mitteilungsblätter*) 1974/76. (X.17.)

- Gesetz Nr. XCIII aus dem Jahre 2001 die Aufhebung der devisenrechtlichen Beschränkungen⁹
- Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf, 1980 (Wiener Kaufrechtsabkommen)

2.1.1. ANMERKUNGEN ZU DEN GENANNTEN WICHTIGSTEN RECHTSQUELLEN.

2.1.1.1. GESETZ NR. IV. AUS DEM JAHRE 1959: ZIVILGESETZBUCH.

2.1.1.1.1. HISTORISCHER HINTERGRUND.

Der erste Entwurf eines Zivilgesetzbuches lag dem ungarischen Parlament bereits im Jahre 1900 vor, sie wurde damals jedoch nicht verabschiedet. Die Struktur des Gesetzesentwurfes folgte im Großen und Ganzen der Konstruktion des deutschen BGB, von der legislativen Technik her war aber der ungarische Entwurf um einiges weniger kasuistisch.

1928 wurde ein exzellenter Entwurf nach schweizerischem Muster erarbeitet, der Dank der damaligen hektischen politischen Lage zwar nicht verabschiedet, wegen seiner hohen Qualität von den Gerichten jedoch informell angewendet wurde.

Das heute noch geltende Zivilgesetzbuch hat Ungarn im Jahre 1959, also zu Zeiten, wo Privateigentum faktisch *non-existent* war, erhalten. Der Grund dafür, dass die heutigen Juristen mit dem Zivilrecht gut leben können, ist die effiziente Ausarbeitung durch hervorragende Rechtswissenschaftler, die trotz der damaligen schwierigen Verhältnisse ein juristisches Meisterwerk anfertigen konnten. In der Folge wurde das uZGB mehrfach novelliert.

Das uZGB umfasst sämtliche privatrechtliche Angelegenheiten, mit Ausnahme des Familien- und des Arbeitsrechts. Diese wurden von der sozialistischen Rechtstheorie nicht zum Zivilrecht gehörig betrachtet, da sie den Menschen als Subjekt und keine Vermögensrechte zum primären Gegenstand hatten. Ebenso hat es einen

⁹ Magyar Közlöny (*Ungarische Mitteilungsblätter*) 2001/146. (XII.17.)

ideologischen Hintergrund, dass das Gesellschaftsrecht (obwohl wegen des Fehlens des Handelsrechts im Sinne eines Sonderprivatrechts für Kaufleute eigentlich zum Zivilrecht gehörig) kaum vom uZGB erfasst wurde: Das Gesellschaftsrecht und die dazugehörigen Termini waren für den Juristen zu den kommunistischen Zeiten keine praktischen Probleme, mit denen er wirklich etwas anfangen konnte.

2.1.1.1.2. AUFBAU DES UZGB.

- 1.) Personen: Dieser Teil befasst sich mit der Rechtspersönlichkeit der natürlichen und juristischen Person, sowie mit den zivilrechtlichen Mitteln des Personenschutzes.
- 2.) Eigentum: In der ursprünglichen Fassung des uZGB stand das Staatseigentum im Vordergrund, Privatgeschäfte waren Nebensache bzw von keiner oder geringer Bedeutung. Die wichtigsten Novellierungen des uZGB fanden im Zuge der Wende statt und stellten die beiden Eigentumsformen – Staatseigentum und Privateigentum – gleich. In diesem zweiten Teil des uZGB über Eigentum befinden sich die, auch dem deutschsprachigen Juristen bekannten Begriffe: Besitz, Nutzungs- und Verfügungsrechte, Eigentums- und Besitzschutz.
- 3.) Schuldrecht: Das Schuldrecht besteht aus einem allgemeinen und einem besonderen Teil. Das Vertragsrecht wird vom Prinzip der Vertragsfreiheit geleitet, daher sind die Bestimmungen über die Verträge überwiegend dispositiv. Verträge sind grundsätzlich an keine bestimmte Form gebunden. Sie werden nach dem tatsächlichen Inhalt und nicht nach der Benennung beurteilt.
- 4.) Delikthaftung: Im ungarischen Recht gibt es ein vom österreichischen Recht erheblich abweichendes Verschuldensprinzip, das sich an das allgemein zu erwartende Verhalten orientiert und das neben der Delikthaftung auch auf die vertragliche Haftung übergeht (Überreitungsbestimmung). Verschulden nach ungarischem Recht ist nicht wie nach österreichischem Recht die (individuelle) Vorwerfbarkeit rechtswidrigen Verhaltens; es kommt also nicht darauf an, ob der Einzelne aufgrund persönlicher Fähigkeiten im konkreten Fall in der Lage war, sich rechtmäßig zu verhalten oder nicht, sondern einzig und allein darauf, ob sein Verhalten, am objektiven Sorgfaltsmaßstab gemessen, der allgemein einer

bestimmten gesellschaftlichen/beruflichen Schicht auferlegt wird, als schuldhaft zu betrachten ist. Wenn zum Beispiel das Verschulden eines Ingenieurs, der eine technische Panne verursacht hat, zu beurteilen ist, werden subjektive Elemente - wie etwa eine durch ein traumatisches Ereignis verursachte vorläufige Konzentrationsschwäche - nicht berücksichtigt, es wird lediglich darauf abgezielt, ob er das allgemein, von einem Ingenieur in diesem Fall zu erwartende Verhalten gesetzt hat oder nicht. Auf die konkreten, im gegebenen Fall und zur gegebenen Zeit vorliegenden Gegebenheiten des Einzelnen kommt es nicht an.

Zu dieser Auffassung des Verschuldensprinzips ist in den vergangenen vierzig Jahren eine Vielzahl von juristischer Literatur entstanden, wobei Rechtswissenschaftler die philosophischen Wurzeln des Prinzips auf beeindruckende Weise dargestellt haben; dennoch hat dieses spezielle Verschuldensprinzip viele Probleme für die Praxis bereitet.

- 5.) Erbrecht: Ungarn hat ein ausgereiftes, traditionelles und bürgerliches Erbrecht. Die alten juristischen Erbrechtsbegriffe blieben auch über die sozialistischen Zeiten hindurch erhalten. Auf diesem Gebiet sind die Auswirkungen des auf dem Staatseigentum basierenden Systems kaum spürbar, daher wird wahrscheinlich die heutige Form des Erbrechts auch in der neuen Kodifikation erhalten bleiben.

2.1.1.1.3. EINIGES ÜBER DIE NEUE KODIFIKATION.

Dessen ungeachtet, wie gut sich das alte Gesetz vierzig Jahre hindurch bewährt hat, bzw mit wie vielen Problemen die Einführung eines neuen Gesetzes verbunden sein wird, scheint gegenwärtig eine Neukodifikation des ungarischen Zivilrechts unvermeidbar zu sein. An der Spitze der Kodifikationsarbeiten steht der international renommierte Rechtswissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Lajos Vékás. Die Vorarbeiten für die neue Kodifikation laufen zurzeit sehr intensiv, dennoch ist, angesichts der monumentalen Dimension dieser Arbeit, mit der Verabschiedung des neuen Gesetzes frühestens in vier bis fünf Jahren zu rechnen.

Die Kodifikationsarbeiten sind von dem Gedanken geleitet, dass das ungarische Zivilrecht in seiner Grundidee auf die soziale Marktwirtschaft umgestellt werden muss. Darüber hinaus sollten jene Institutionen übernommen werden, die allein

schon durch das EG-Recht im Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Union, früher oder später in das ungarische Recht eingeführt werden müssen.

Was die legislative Technik der neuen Kodifikation betrifft, soll das Prinzip des Monismus verwirklicht werden. Das bedeutet erstens, dass sowohl Familienrecht als auch Arbeitsrecht in den neuen Kodex eingebaut werden muss und zweitens, dass das Handelsrecht nach wie vor im Zivilkodex untergebracht wird. Um Letzteren Rechnung zu tragen, wird man den Schuldrechtsteil im Hinblick auf die Verhältnisse des Wirtschaftslebens regeln müssen. Grundvertragstypen etwa werden entsprechend den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgestaltet. Überall dort, wo gravierende faktische Unterschiede zwischen der Wirtschafts- und der Privatsphäre bestehen, werden mit Rücksicht auf diese Abweichungen spezielle Regelungen für die bürgerlichen Rechtsverhältnisse geschaffen. Die Regelungen zum Konsumentenschutz - ein Gebiet von großer europarechtlicher Relevanz - werden ebenso in das neue uZGB eingebaut, wie höchstwahrscheinlich auch die kartellrechtlichen Vorschriften, die zurzeit in einem separaten, ziemlich modernen Kartellgesetz zu finden sind. Es ist geplant, das gesamte Gesellschaftsrecht im künftigen uZGB unterzubringen, wonach möglicherweise in vier bis fünf Jahren das GWG, zumindest als selbständiges Gesetz, nicht mehr rechtswirksam sein wird.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Aufbau möchte man den traditionellen Begriff "Bücher" wieder ins Leben rufen. Demnach soll der künftige Kodex aus nachfolgenden Büchern bestehen:

- Erstes Buch: Personen,
- Zweites Buch: Familienrecht,
- Drittes Buch: Sachenrecht,
- Viertes Buch: Schuldrecht,
- Fünftes Buch: Erbrecht

Der Aufbau des gegenwärtigen Gesetzes wird also, mit Vornahme der erwähnten Ergänzungen, im Wesentlichen aufrechterhalten.

Eine wichtige inhaltliche Änderung soll die Umstellung des derzeit problematischen Verschuldensprinzips sein. Dazu bestehen bereits Textvorschläge, die aber in ihrer derzeitigen Form weder mit dem Europarecht, noch mit der in Ungarn jetzt schon geltenden Wiener Konvention über Kaufverträge zu harmonisieren scheinen. An den Entwürfen wird kontinuierlich gearbeitet, um zu einer theoretisch und praktisch vertretbaren Endfassung zu gelangen.

2.1.1.2. VERORDNUNG MIT GESETZESKRAFT NR. 18 AUS DEM JAHRE 1978 ÜBER DIE ANWENDUNG DES ZIVILGESETZBUCHES AUF DIE INTERNATIONALEN HANDELSBEZIEHUNGEN.

Diese Verordnung stammt aus der Zeit, zu der sich die ungarischen Außenhandelsbeziehungen sehr stark intensiviert haben. Ungarn war immer mehr auf diese internationalen Beziehungen angewiesen, gleichzeitig hat man aber erfahren, dass die strikte Anwendung bestimmter Regelungen aus dem uZGB zu gravierenden Schwierigkeiten im internationalen Handel führt. Mit der Verordnung über die Anwendung des Zivilgesetzbuches auf die internationalen Handelsbeziehungen hat man für Fälle mit Auslandsbezug in gewissen Fragen Abweichungen erlaubt, was faktisch immer eine Liberalisierung der konkreten Regelung erbrachte.

2.1.1.3. GESETZ NR. X AUS DEM JAHRE 1993 ÜBER DIE PRODUKTHAFTUNG UND DAS GESETZ NR. LVII AUS DEM JAHRE 1996 ÜBER DEN UNLAUTEREN WETTBEWERB

Zu den Rechtsgebieten Produkthaftung und unlauterer Wettbewerb sind in Ungarn zwei moderne Gesetze in Kraft. Die Fortschrittlichkeit ist vor allem bei Urteilen und Beschlüssen, die Fragen des unlauteren Wettbewerbs getroffen worden sind, zu beobachten, da hier bereits das EG-Recht berücksichtigt wird, obwohl es noch kein Bestandteil des ungarischen Rechts ist. Damit ist nicht bloß gemeint, dass diese Vorgangsweise den Argumentationsprinzipien des EG-Rechts folgt, sondern es werden europäische Rechtsvorschriften in den Beschlüssen des Kartellamtes und in den Urteilen der ordentlichen Gerichte in Kartellsachen als Argumente ausdrücklich herangezogen.

2.1.1.4. INTERNATIONALE USANCEN (z.B.: *INCOTERMS*, *REGLES*, *Brüsseler Abkommen*)

Im System des uZGB kommt den internationalen Usancen eine wichtige Bedeutung zu, weil das Gesetz auf diese ausdrücklich hinweist. Sie kommen auch dann zur

Anwendung, wenn für einen Kaufvertrag das Wiener Kaufrechtsabkommen maßgeblich ist. In diesem Fall ergibt sich im Hinblick auf die Priorität anzuwendender Rechtsnormen folgende Hierarchie:

1. Usancen
2. Wiener Kaufrechtsabkommen
3. uZGB

2.1.1.5. GESETZ NR. III AUS DEM JAHRE 1952 ÜBER DIE ZIVILPROZESSORDNUNG.

Die ungarische ZPO, die sicherlich einige Unklarheiten birgt, ist seit der Rechtswirksamkeit durch all die Jahre strukturell gleich geblieben. Eine sehr wesentliche prinzipielle Änderung darf aber nicht unerwähnt bleiben: An die Stelle der Feststellung der „objektiven Wahrheit“ als Hauptaufgabe des Gerichtes ist durch eine Novelle aus dem Jahr 1997 die schnelle, fachkundige und gerechte Entscheidung in Rechtsstreitigkeiten getreten.

2.1.1.6. GESETZ NR. LXXI AUS DEM JAHRE 1994 ÜBER DIE SCHIEDSGERICHTSBARKEIT.

Das ungarische Gesetz über die Schiedsgerichtsbarkeit ist ein liberales und modernes Gesetz, das weitgehend mit den einschlägigen EU-Richtlinien übereinstimmt. (Nähere Details in späterer Folge.)

2.1.1.7. GESETZ NR. III AUS DEM JAHRE 1974 ÜBER DEN AUSSENHANDEL UND DAS

GESETZ NR. XCIII AUS DEM JAHRE 2001 ÜBER DIE AUFHEBUNG DER DEVISENRECHTLICHEN BESCHRÄNKUNGEN

Im sozialistischen Wirtschaftssystem war der Außenhandel ein staatliches Monopol. Um das Exportieren und Importieren über staatliche Organe zu regeln, wurde das Außenhandelsgesetz geschaffen. Mit dem Abbau der staatlichen Monopole durch die Einführung der Marktwirtschaft ist selbstverständlich jener Teil des Gesetzes, der Exportieren und Importieren staatlichen Organen vorbehält, hinfällig geworden. Ein anderer Teil des Gesetzes ist nach wie vor aktuell - die schrankenlose Liberalisierung der Außenhandelswirtschaft; diese setzt nämlich eine ausgeglichene

Devisenbilanz des Staates voraus. Solange dieses Kriterium nicht erfüllt ist, besteht die Gefahr, dass ungarische Firmen und dadurch auch der ungarische Staat sich letztlich hoffnungslos verschulden. Ende der 70er Jahre war Ungarn, was die Devisenbilanz anbelangt, dem Konkurs nahe. Gründe dafür sind vom gegenwärtigen Standpunkt aus klar ersichtlich: Die damalige „weiche Diktatur“ brachte vielen Leuten einen zwar bescheidenen, aber doch fast bürgerlichen Wohlstand; der Preis dafür war die nahezu totale Staatsverschuldung - vor allem in Richtung Ausland und Devisen. (Auch die Inlandsverschuldung war immens hoch.) Solange Verschuldung solcher Art zu beobachten war, konnten Außenhandel und Devisenwirtschaft nicht freigelassen werden.

Man hat gewisse devisenrechtliche Einschränkungen bis zum heutigen Tag aufrechterhalten und zwar in Form sog „Warenkontingente“. Es wurden Warengruppen festgelegt - anfangs in sehr breitem, nunmehr in einem kleinen Bereich -, die man auch nach Aufhebung des staatlichen Monopols nur mit einer staatlichen Genehmigung exportieren oder importieren konnte. Angesichts der positiven Entwicklung der ungarischen Finanzen in den letzten Jahren wird in Zukunft eine Beschränkung dieser Art weniger notwendig sein. Bereits heute haben Einschränkungen nur selten finanzpolitische Gründe, sie verfolgen viel öfter den Zweck, für ausgeglichene bi- und multilaterale Handelsbeziehungen zu sorgen. Die bis heute aufrechterhaltenen Einschränkungen beziehen sich in erster Linie auf Rohstoffe, Mineralölprodukte, strategische Produkte -? wie Waffen, gewisse Chemikalien, aber keineswegs auf den Großteil der wirtschaftlich relevanten Waren.

3. VERTRÄGE

3.1. VERTRAGSGESTALTUNG

Wie bereits oben erwähnt, bilden internationale Usancen, die Regeln der Wiener Konvention und schließlich das uZBG eine Hierarchie im Hinblick auf die Anwendungspriorität dieser Normen. Dieses Verhältnis wird dadurch bestimmt, dass in Ungarn das Wiener Kaufrechtsabkommen in Form eines Gesetzes wirksam wurde. Das uZBG als generelle Norm ist daher nur bei Rechtsfragen heranzuziehen, zu denen das WK entweder überhaupt keine Regelung enthält oder bei denen das uZBG gewissermaßen das WK ergänzt, bzw bei denen es um zwingende ungarische Normen geht (da aber das WK sicher nicht gegen imperative ungarische

Rechtsvorschriften verstößt, ist letzterer Aspekt lediglich von theoretischem Interesse).

Zu den Fragen wie

- Gültigkeit des Vertrages
- Eigentum¹⁰,
- Vertragssicherheiten,
- Verjährung von Ansprüchen,
- Produkthaftung, bzw
- sonstige Handelsverträge

enthält das Wiener Kaufrechtsabkommen keine Bestimmungen, in diesen Fällen kommt also immer das ungarische Zivilrecht zur Anwendung.

Schwerpunkt dieser Abhandlung sind die Probleme, die von dem WK nicht behandelt werden, bzw Fragen, bei denen es gravierende Unterschiede in der Auffassung zwischen dem WK und dem uZGB gibt. Zum Verhältnis zwischen dem Wiener Kaufrechtsabkommen und dem uZGB können lediglich allgemeine Prinzipien genannt werden; ausjudiziert ist diese Frage bislang nicht, was der Rechtsanwendung einen immer noch großen Freiraum für Argumentationen gibt.

3.2. VERTRAGSABSCHLUSS

Der Abschluss eines Vertrages erfolgt nach ungarischem Recht durch die Willensübereinstimmung der Vertragspartner; wie in jeder modernen Rechtsordnung. Im internationalen Handelsverkehr erfolgt ein Geschäftsabschluss meistens in Form eines Angebotes und dessen Annahme im Laufe des wirtschaftlichen Verkehrs und eigentlich nur selten in Form eines von einem Rechtsanwalt exakt konzipierten, lang verfassten Vertrages. Alle wesentlichen Vertragspunkte müssen Inhalt der einvernehmlichen Willenserklärung werden, diese sind nach ungarischem Recht jene Bestandteile des Vertrages, die das Gesetz bestimmt (zB bei einem Kaufvertrag - die Person des Verkäufers und Käufers, der Kaufgegenstand und der Kaufpreis) und auch jene, welche die jeweiligen Parteien für bedeutsam erachten.

¹⁰ Eigentumsfragen werden von internationalen Abkommen aus historischen oder politischen Gründen fast nie erfasst.

Die Form einer Willenserklärung bestimmt nicht das Wiener Kaufrechtsabkommen, sondern das uZGB, da Ungarn einer der Staaten ist, welcher von der im WK verankerten Möglichkeit, Formbedingungen außer Acht zu lassen, Gebrauch gemacht hat.

Im Hinblick darauf, wie die einzelnen Formen nach ungarischem Recht verstanden werden, besteht, was die mündliche und konkludente Willenserklärung betrifft, keine erwähnenswerte Abweichung im Vergleich zum österreichischen Recht. Die Interpretation schriftlicher Willenserklärungen kann jedoch bei der Rechtsanwendung erhebliche Probleme bereiten und zu Abweichungen in der Rechtsauffassung der einzelnen Länder führen. Was die Entscheidungen ungarischer Gerichte betrifft, so gelten Brief, Telegramm, Telex und die in der Praxis noch nicht gebrauchte, aber gesetzlich schon existierende elektronische Unterschrift als schriftliche Formen; Fax und E-Mail sind hingegen problematisch. Zwar wird wahrscheinlich kein Gericht direkt bestreiten, dass Fax und E-Mail schriftliche Formen sind, es wird aber vor Gericht zu Beweisschwierigkeiten kommen, wenn behauptet wird, dass der Vertrag in Form von Fax oder E-Mail abgeschlossen worden ist. Im Falle einer Fax - Nachricht ist schwer sicherzustellen, ob sie angekommen ist oder nicht, weiters ist ein Fax - Dokument relativ leicht zu fälschen; das E-Mail System funktioniert wiederum erfahrungsgemäß technisch nicht lückenlos und einwandfrei.

Nach ungarischem Recht können die meisten Verträge mündlich abgeschlossen werden, in Fällen aber, wo das Gesetz den Vertrag in schriftlicher Form verlangt, stellt die Nichteinhaltung der Formvorschrift einen Nichtigkeitsgrund dar.

Es bestehen zwei Gruppen zwingender Schriftlichkeit:

- 1) In der ersten Gruppe bedeutet Schriftlichkeit die Notwendigkeit einer öffentlichen Urkunde bzw einer durch Notar oder Rechtsanwalt gegengezeichneten Urkunde. Eine vom Notar erstellte Urkunde wird im ungarischen Recht als öffentliche Urkunde gehandhabt. Diese öffentlich-rechtliche Form findet man hauptsächlich im Familienrecht.
- 2) In der zweiten Gruppe bedarf es der Unterschrift eines Notars oder Rechtsanwaltes, wobei diese Unterschriften nicht für den öffentlich-rechtlichen Charakter des Dokumentes zu sorgen haben, sondern vielmehr eine Garantie für die fachkundige Ausfertigung darstellen. Diese Form ist vor allem für fast sämtliche Liegenschaftsverträge und für Gesellschaftsverträge vorgesehen. Verträge, die von natürlichen und juristischen Personen im Ausland

unterschrieben werden, müssen, über die notarielle Beglaubigung hinaus, auch von der diplomatischen Vertretung in diesem Land überbeglaubigt werden. Für die Beziehungen zwischen österreichischen und ungarischen Parteien gewährt jedoch ein bilaterales Abkommen die gegenseitige Anerkennung notarieller Dokumente.

Dazu ein Fall aus der Anwaltspraxis: Zugunsten einer österreichischen Bank mussten Liegenschaftsverträge erstellt werden. Die Bank hat der Vereinfachung halber dem ungarischen Rechtsanwalt Vollmacht erteilt, im Namen der Bank die Verträge in Ungarn zu unterschreiben. Die Vollmachtserteilung wurde in Österreich notariell beglaubigt und in Ungarn offiziell eingereicht. Das zuständige ungarische Grundbuchamt hat mit der Begründung, dass es sich um eine, im Zusammenhang mit einer inländischen Liegenschaft erstellte, ausländische Urkunde handelt, eine Überbeglaubigung der diplomatischen Vertretung verlangt. Dabei hat das Grundbuchamt unrichtigerweise das bilaterale Abkommen zwischen Österreich und Ungarn zur gegenseitigen Anerkennung notarieller Dokumente nicht berücksichtigt. Demnach soll ein in Österreich ausgestelltes notarielles Dokument in Ungarn die gleiche Wirkung entfalten wie ein in Ungarn ausgestelltes notarielles Dokument und keinerlei weiteren Beglaubigungen oder Überbeglaubigungen bedürfen. In diesem Sinne stellt das bilaterale Abkommen eine Ausnahme zum Gesetz dar, wonach für ein im Ausland ausgestelltes und unterschriebenes Dokument in jenen Fällen, in denen das ungarische Recht für die Gültigkeit des Vertrages die Unterschrift eines Notars oder Rechtsanwaltes verlangt eine Überbeglaubigung der diplomatischen Vertretung erforderlich ist.

3.3. VERTRAGSERFÜLLUNG

Die Ausgestaltung des Vertrages erfolgt nach Kriterien, die auch dem österreichischen Juristen bekannt sind, dh der Vertrag ist dann erfüllt, wenn die Vertragspflichten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und den von den Parteien im Vertrag zum Ausdruck gebrachten Erwartungen erfüllt werden. Widrigenfalls kommt es, wie nach österreichischem Recht oder dem Wiener Kaufrechtsabkommen, zu Gewährleistungsansprüchen. In diesem Zusammenhang werden die Fragen bezüglich des Erfüllungsortes, des Zeitpunktes der Erfüllung und des Gefahr- und Eigentumsüberganges interessant. In grenzüberschreitenden Fällen

sollen sowohl die internationalen Usancen, als auch das Wiener Kaufrechtsabkommen und letztlich auch das ungarische Privatrecht berücksichtigt werden.

In österreichisch- ungarischen Handelsbeziehungen kommen meistens drei Paritäten - *ex works*; DAF und DDU - zur Anwendung.

Bei der *ex works* Klausel handelt es sich um einen sog Abnahmekauf. Die Pflicht des Verkäufers beschränkt sich dabei, die Ware auf seinem Betriebsgelände bzw einem anderen vereinbarten Ort zur Verfügung zu stellen. Er hat sich weder um den Abtransport noch die Aus- oder Einfuhr zu kümmern. Er hat aber die Pflicht, die Ware transportgerecht für den Käufer zu verpacken.

Die andere häufige Parität ist die DAF [Geliefert zur Grenze...(benannter Ort)], wobei der Verkäufer die zur Ausfuhr freigemachte Ware am benannten Ort vor der Grenze dem Käufer zur Verfügung zu stellen hat. Diese Klausel wurde aus Devisengründen im Ost/West-Handel bevorzugt verwendet, verliert aber zunehmend an Bedeutung.

Bei der DDU - Klausel hat der Verkäufer die Ware dem Käufer an einem Ort im Bestimmungsland zur Verfügung zu stellen. Er trägt bis dahin alle Kosten und Gefahren. Die Erledigung der Einfuhrformalitäten und die Entrichtung der Einfuhrabgaben fallen dagegen in die Verantwortung des Käufers, genau wie zusätzliche Kosten und Gefahren, die sich aus einer verspäteten oder unterbliebenen Einfuhrabfertigung ergeben.¹¹

In jenen Fällen der internationalen Handelsbeziehungen, in denen ungarisches Recht anzuwenden ist, werden mögliche Fragen des Eigentumsübergangs immer nach ungarischem Recht beurteilt, da Eigentumsfragen weder von den internationalen Abkommen, wie dem Wiener Kaufrechtsabkommen, noch von internationalen Usancen erfasst werden. Nach ungarischem Recht fällt der Eigentumsübergang normalerweise weder mit der Erfüllung noch mit dem Gefahrenübergang zusammen. Im internationalen Handelsverkehr müssen Eigentumsfragen in der Regel zwar gar nicht behandelt werden, sie werden jedoch relevant, wenn sich etwa ein Vertrag als unwirksam herausgestellt hat, wobei möglicherweise Leistungen bereits getätigt worden sind und es im Rahmen eines Prozesses zur Rückabwicklung kommen soll.

3.4. VERTRAGSBRUCH

Vertragsbruch nimmt sowohl das uZGB als auch das Wiener Kaufrechtsabkommen in jenen Fällen an, in denen – grob gesagt - die Leistung den Vorschriften des Vertrages, bzw den im Vertrag ausgedrückten Erwartungen nicht entspricht.

Zwischen den beiden Rechtsquellen bestehen jedoch gravierende Unterschiede, wenn es um die Konsequenzen des Vertragsbruches, bzw um die Frage geht, unter welchen Voraussetzungen sich eine Vertragspartei von dem Vorwurf des Vertragsbruches befreien kann. Nach dem WK kann sich eine Partei von der Haftung wegen Vertragsbruch nur dann ? befreien, wenn sie glaubhaft macht, dass der behauptete Vertragsbruch auf ein unvorhersehbares und unabwendbares Ereignis zurückzuführen ist; ein Prinzip, das auch auf Erfüllungsgehilfen anzuwenden ist.

Hingegen ist für einen objektiven Vertragsbruch nach ungarischem Recht eine vom Verschulden völlig unabhängige Haftung vorgesehen. Für den Fall eines subjektiven Vertragsbruches, der zu einem (materiellen oder immateriellen) Schaden führt, muss die vertragsbrüchige Partei aufgrund des schon erwähnten Verschuldensprinzips (der Vertragsbrüchige hat sich in Bezug auf die Schadensverursachung nicht so verhalten, wie es allgemein zu erwarten war) für den Schaden aufkommen; das ist im Vergleich zum Wiener Kaufrechtsabkommen eine erschwerte Haftung. Dieser bedeutende Unterschied macht allerdings nur dann Probleme, wenn es überhaupt zu einer Kollision zwischen dem Wiener Kaufrechtsabkommen und dem ungarischen Recht kommt (nicht ausjudiziert; Spielraum für einfallsreiche Kollegen).

Die möglichen Formen eines Vertragsbruchs gleichen jenen des österreichischen Rechts bzw jenen des Wiener Kaufrechtsabkommens:

- mangelhafte Erfüllung,
- Verzug (auf beiden Seiten) bzw
- Nichterfüllung.

Letzteres wird auch im Sinne des ungarischen Rechts als eine spezielle Form des Verzuges oder als Erfüllungsverweigerung behandelt. Die Erfüllungsverweigerung wirft die Frage auf, inwieweit ein Anspruch auf Erfüllung vollstreckbar ist – ein spezielles Problem, worauf hier nicht im Detail eingegangen wird.

Die zwei Hauptformen sind mangelhafte Erfüllung und Verzug.

¹¹ Quelle: *Bredow/Seiffert*: Incoterms 2000. Kommentar und Text der ICC - Incoterms. Economica Verlag, Bonn, 2000.

Mangelhafte Erfüllung bedeutet nach ungarischem Recht und auch nach der Wiener Konvention, dass entweder gesetzlich vorgeschriebene oder vertraglich ausbedungene Eigenschaften der erbrachten Leistung fehlen. Die möglichen Sanktionen umfassen in beiden Bestimmungen die Behebung des Mangels, die Preisminderung, den Austausch der Ware und den Rücktritt vom Vertrag. Beim Vertragsrücktritt besteht eine unterschiedliche Auffassung in beiden Vorschriften. Nach dem Wiener Kaufrechtsabkommen ist ein Rücktritt vom Vertrag aufgrund mangelhafter Erfüllung erst dann sofort möglich, wenn entweder der Vertragsbruch essenziell ist oder wenn der Mangel nach Setzung einer Nachfrist nicht aufgehoben wird. Hingegen muss nach ungarischem Recht die Partei, die ihr Rücktrittsrecht ausüben will beweisen, dass sie kein Interesse an der Erfüllung mehr haben kann. Die ungarische Lösung lässt sicherlich viel Raum für Zweifel offen und wird auch von den heimischen Gerichten uneinheitlich interpretiert.

Das ungarische Zivilrecht sieht für die Geltendmachung der Ansprüche eine subjektive Frist (beginnend mit der Erkennung des Mangels) von 6 Monaten und eine absolute Frist von einem Jahr vor, das Wiener Kaufrechtsabkommen hingegen eine Frist von zwei Jahren.

Kommt es zum Verzug eines Vertragspartners, stehen Verzugszinsen (bei gleichzeitiger Forderung der Erfüllung), der Rücktritt und der Schadenersatz als mögliche Sanktionen zur Verfügung. Einen wesentlichen Unterschied verzeichnen die Vorschriften für Schadenersatzansprüche. Während das WK einen Schadenersatz maximal in Höhe der bei Vertragsabschluss sinngemäß vorhersehbaren Schäden ermöglicht, ruht der Schadenersatz im ungarischen Recht auf dem Verschuldensprinzip und ist in der Höhe unbegrenzt.

3.5. NICHT GEREGLTE FRAGEN DES UN-KAUFRECHTES (WIENER KAUFRECHTSABKOMMEN)

Wie eingangs schon erwähnt, können für ausländische Interessenten einerseits die Situationen von Interesse sein, für die das ungarische Zivilrecht und das WK unterschiedliche Lösungen bieten, andererseits die mit einem Kaufgeschäft üblicherweise zusammenhängenden Rechtsprobleme, die in dem Wiener Kaufrechtsabkommen gar nicht behandelt werden. Auf die Rechtsprobleme möchte

ich hier näher eingehen, wie zB auf die Gültigkeit des Vertrages, die Verjährung, den Eigentumsübergang und die Vertragsbesicherungen.

3.5.1. GÜLTIGKEIT DES VERTRAGES

Das uZGB kennt zwei Formen der *Ungültigkeit*: die Nichtigkeit und die Anfechtbarkeit. Das Gesetz definiert eine Reihe von Nichtigkeitsgründen: so vor allem die Gesetzwidrigkeit des Vertrages, den Verstoß gegen Treu und Glauben (zB Rechtsmissbrauch), den Wuchervertrag, den Scheinvertrag usw. Die Scheinverträge stellen eine ganz besondere Problematik dar, insbesondere im Hinblick auf Treuhand, die im ungarischen Recht gar nicht bekannt und anerkannt ist. Die Schwierigkeit hängt in erster Linie damit zusammen, dass treuhandartige Verträge (zB Vermögensverwaltungsvertrag) und auch andere Formen von formalen Scheinverträgen (zB Rückleasing) aus den natürlichen Bedürfnissen der Wirtschaft herausgewachsen sind. Die Problematik der Ungültigkeit von Verträgen und damit auch die der Scheinverträge ist deshalb ein wichtiges Thema in der neuen Kodifikation und muss überdacht werden.

Auf die Nichtigkeit kann sich jeder, der ein rechtliches Interesse hat, unbefristet berufen (sowohl der Begriff "rechtliches Interesse" wie auch der Begriff „unbefristet“ bereiten in der Praxis Probleme).

Die rechtliche Folge der Feststellung der Nichtigkeit ist *integrum restitutio*.

Die Anfechtbarkeit liegt bei Irrtum, Drohung oder Wertdifferenz über die Hälfte (*laesio enormis*) vor, allerdings sind Außenhandelsverträge unter dem letzten Titel nicht anfechtbar. Die Anfechtung vor dem Gericht ist innerhalb eines Jahres möglich und hat im Prinzip ebenfalls *integrum restitutio* zur Folge.

3.5.2. VERJÄHRUNGSFRISTEN

Die *Verjährungsfrist* für internationale Kaufverträge wird entsprechend der einschlägigen internationalen Abkommen geregelt. Dafür sind die Bestimmungen für die Unterbrechung und das Ruhen der Verjährung im ungarischen Recht "eigensinnig". Die Verjährung in Binnenverhältnissen (also bei Verträgen ohne ausländischem Element) kann durch eine einfache schriftliche Mahnung unterbrochen werden - mit der Konsequenz, dass die Verjährung neu zu laufen

beginnt. Ansonsten wird die Verjährung durch Klageerhebung, Vergleich oder Schuldanerkennung unterbrochen. Die Verjährung ruht, solange der Berechtigte aus akzeptablen Gründen nicht in der Lage ist, seine Rechte auszuüben.

3.5.3. EIGENTUMSÜBERGANG

Zum *Eigentumsübergang* sind bei beweglichen Sachen ein Titel (zB Vertrag) und die Übergabe des Kaufgegenstandes (Übertragung der Verfügungsmacht) notwendig, während bei Liegenschaften auch die Eintragung ins Grundbuch erforderlich ist. Ohne ins Detail zu gehen, möchte ich darauf hinweisen, dass die Zweigleisigkeit (der Gefahrenübergang wird in den INCOTERMS und der Eigentumsübergang im uZGB geregelt) in bestimmten Fällen große Auslegungsschwierigkeiten verursachen kann.

3.5.4. VERTRAGSSICHERHEITEN

Auf die Vertragsbesicherungen, dem österreichischen Recht bekannt und im ungarischen Recht ähnlich geregelt, wie etwa das Angeld, die Kautions oder die Bürgschaft, möchte ich jetzt nicht näher eingehen. Bei der Vertragsstrafe handelt es sich um eine Sicherheit, die gleichzeitig auch Sanktionscharakter hat und im Prinzip eine Schadenspauschale ohne Nachweispflicht ist, die im Falle eines verschuldeten Vertragsbruches in Anspruch genommen werden kann und einem richterlichen Mäßigungsrecht unterliegt.

Zahlungsgarantien, wie sie aus dem internationalen Handelsrecht bekannt sind, haben keine spezifisch ungarischen Bezüge und sind zum Teil in internationalen Abkommen verankert, wie zum Beispiel die Akkreditivvorschriften. Zahlungsgarantien werden auch in österreichisch-ungarischen Handelsbeziehungen verwendet, dennoch scheinen Parteien oft naiv oder nachlässig genug zu sein, Verträge ohne jegliche Sicherheiten abzuschließen, wodurch es zur sog offenen Lieferung kommt. Um den auf „himmlischen Vertrauen“ basierenden, späteren Schwierigkeiten zu entkommen, ist es ratsam, bei internationalen Handelsbeziehungen vertraglich eine Zahlungsgarantie zu vereinbaren, wobei im österreichisch-ungarischen Handelsverkehr eine Spediteursvinkulierung die einfachste Lösung zu sein scheint.

3.5.4.1. PFANDRECHT

Das Pfandrecht stellt in all seinen Erscheinungsformen das Recht auf vorrangige Befriedigung von geldwerten Forderungen aus dem Pfandgegenstand dar. Als Quelle des Pfandrechts kommt entweder

- eine Rechtsnorm, (beispielsweise haben nach uZGB Spediteure ein Pfandrecht an Sachen, die im Zuge der Abwicklung des Speditionsauftrages in ihren Besitz gelangt sind) oder
- ein Beschluss oder
- ein Vertrag

in Betracht.

Die Befriedigung aus dem Pfandgegenstand ist entweder im Gerichtswege oder unter Umständen durch einen Verwertungsvertrag möglich. Dabei handelt es sich um eine einvernehmliche Vereinbarung der Parteien darüber, dass eine Befriedigung (Verwertung des Pfandgegenstandes) aus dem Pfandgegenstand außergerichtlich erfolgen soll, dies ist aber nur möglich, wenn es sich bei den Parteien um eine Bank oder eine Pfandanstalt handelt. Der Verwertungsvertrag muss den Mindestverkaufspreis und eine Verwertungsfrist festlegen.

Zu den einzelnen Arten des Pfandrechts wurde ein neues Konzept hinsichtlich der Differenz zwischen Faustpfand und Hypothek in das uZGB eingefügt. Das Faustpfand nach dem derzeit geltenden Recht ist jene Pfandbestellung, bei welcher der Pfandgegenstand dem Pfandberechtigten übergeben wird; während im Gegensatz dazu eine Hypothek - in welcher Form auch immer - jene Pfandbestellung ist, wo der Pfandgegenstand im Besitz des Pfandschuldners verbleibt.

Früher wurde in Ungarn die Hypothek einfach mit dem Liegenschaftspfand gleichgesetzt. Nunmehr bestehen mehrere Formen der Hypothek: Die Grundform ist zwar weiterhin die Hypothek an Liegenschaften, jedoch kann man Hypotheken auch an beweglichen Sachen und an Vermögen bestellen. (Letzteres allerdings nur bei juristischen Personen oder am Vermögen einer Wirtschaftsgesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit oder einer wirtschaftlich selbständig bestehenden Einheit des Vermögens.)

Eine Hypothek, die nicht auf Liegenschaften bestellt wird, kann nur in Form einer notariellen Urkunde bestellt werden, um gleichzeitig in einem von Notaren geführten,

zentralen, EDV-gestützten Register aufgenommen zu werden¹². Alle Rechtsakte, die mit diesen Hypotheken zusammenhängen, können bei sonstiger Nichtigkeit nur durch das Zentralregister abgewickelt werden. Die Regelungen bezüglich dieses Zentralregisters sind noch nicht ausjudiziert, wodurch noch einige ungelöste Probleme bestehen. Wenn es sich etwa um die Verpfändung von Vermögen handelt, so geht die Hypothek nach der Verwertung in ein Faustpfand über, wobei diese Übergangsproblematik nicht ausreichend gelöst ist. Ein weiteres Problem entsteht bei der Verpfändung eines Geschäftsanteils, was in Ungarn rechtlich möglich und auch ein selbstverständliches Bedürfnis der Wirtschaft ist. Die Verpfändung von Geschäftsanteilen muss nämlich über das zentrale Hypothekenregister bei den Notaren erfolgen, es gibt aber keine Vorschrift darüber, wie die Verpfändung im Handelsregister aufscheint. Anders ausgedrückt ist die Verpfändung von Geschäftsanteilen rechtlich erlaubt und auch die Konsequenzen sind entsprechend geregelt, sie wurde aber in keiner Weise mit den Bestimmungen des Gesellschaftsrechts (uGWG) - vor allem was die Publizität im Handelsregister betrifft - in Einklang gebracht. Judikatur gibt es zu diesem gravierenden Problem bisweilen auch kaum.

Anders verhält es sich bei der von dem Einzelnen zu erwartenden Sorgfaltspflicht, im entsprechenden Register Einsicht zu nehmen, wenn es sich um eine Liegenschaft oder um eine bewegliche Sache handelt. Vor der Gründung einer Hypothek an einer Liegenschaft ist die Einsichtnahme in das Grundbuch auf relevante Eintragungen eine von den ungarischen Gerichten verlangte Sorgfaltspflicht. Bei der Gründung einer Hypothek an beweglichen Sachen verlangt das Gericht von dem Einzelnen nicht, im Register beim Notar Einsicht zu nehmen. Offen bleibt hingegen die Frage, ob es sich um eine allgemeine, oder aber nur um eine kaufmännische Sorgfaltspflicht handelt, da man letztlich argumentieren könnte, dass von einem Kaufmann sehr wohl zu erwarten ist, die Eintragungen im Register beim Notar zu überprüfen.

Die verpfändeten Gegenstände sind zweckdienlich zu identifizieren. Es ist jedoch der Vorstellungskraft freier Raum gegeben, wie dies in der Praxis erfolgen soll, da es weder konkretisierende Rechtsvorschriften noch Judikatur dazu gibt.

Pfandrechte können auf Rechte und Pflichten - wie nach österreichischem Recht - ebenfalls begründet werden.

¹² Jelzálog nyilvántartás (EDV-gestütztes Register)- wird für Liegenschaftshypotheken beim Grundbuch, für alle anderen Hypotheken in einem zentralen Register bei den Notaren geführt.

Als neues Rechtsinstitut wurde in das ungarische Recht das sog "selbständige Pfandrecht" oder Pfandrecht ohne Titel eingeführt. Das Wesen des selbständigen Pfandrechts besteht darin, dass es auch ohne Titel begründbar ist, bzw nach Wegfall des Titels bestehen bleibt. Das Pfandrecht ohne Titel wurde eingeführt, um in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Realität die Möglichkeit einer zusätzlichen Sicherstellung zu schaffen. Finanziell schwächere und weniger stabile ungarische Unternehmen sollten einander im Rechtsverkehr eine Sicherung bieten können, die sie sich leichter „leisten“ können. Allerdings wird es erst in der Zukunft evaluierbar sein, inwieweit sich das selbständige Pfandrecht als praktisch brauchbares Instrument durchgesetzt hat; gegenwärtig gibt es dazu noch wenig Erfahrung.

4. GERICHTSSYSTEM

Wenn es in einer österreichisch-ungarischen Rechtsbeziehung dazu kommen sollte, dass ein Prozess bei Gericht notwendig wird, bzw ein geeigneter Konfliktlösungsmechanismus gefunden werden muss, kommen folgende Alternativen in Betracht:

- 1.) Es kann zur Jurisdiktion eines inländischen oder ausländischen Gerichtes kommen, je nach der Wahl des Forums durch die Parteien.
- 2.) Durch eine geeignete Schiedsvereinbarung können die Parteien die Zuständigkeit eines institutionalisierten Schiedsgerichts begründen. In Ungarn kommt hierbei das Schiedsgericht der Ungarischen Handelskammer, bzw bei einer österreichisch-ungarischen Handelsbeziehung das gemischte Schiedsgericht der Österreichisch-Ungarischen Handelskammer in Betracht. Das Schiedsgericht der UNCITRAL ist in Ungarn als institutionelles Schiedsgericht nicht besetzt, daraus folgt, dass man zwar das UNCITRAL – Schiedsgericht wirksam wählen kann, dann aber den Prozess an einem Ort austragen muss, wo das Schiedsgericht einen Sitz hat, und dementsprechend eine Schiedsrichterliste, Verfahrensordnung etc zur Verfügung steht.
- 3.) Parteien können in ihrer Vereinbarung auch die Jurisdiktion sonstiger Schiedsgerichte in jeder beliebigen Form ausbedingen; unter anderem auch ein *Ad-hoc-Schiedsgericht* aufstellen.
- 4.) Was Formen alternativer Konfliktlösungsmechanismen betrifft, ist vor allem bei der *Mediation* ein Aufschwung zu erwarten. Zwar ist der Bekanntheitsgrad

dieser noch gering, die Gesetzgebung ist jedoch einen Schritt voraus. In wenigen Monaten ist mit der Verabschiedung eines Mediationsgesetzes im ungarischen Parlament zu rechnen. Das Gesetz wird vorschreiben, unter welchen Bedingungen jemand als Mediator zugelassen wird. Derzeit scheint es wahrscheinlich, dass die Mediationstätigkeit Rechtsanwälten vorbehalten sein wird. Die Zeit wird aber offensichtlich nicht für reif genug angesehen, die Mediation für bestimmte Fälle als verbindlich vorzusehen – was etwa in familienrechtlichen Angelegenheiten durchaus vorstellbar wäre – dies ist also nur durch eine Gesetzgebung in weiterer Zukunft zu erwarten.

4.1. SYSTEM DER ZIVILGERICHTE

4.1.1. AUFBAU UND FUNKTION DES UNGARISCHEN RICHTSSYSTEMS

Die örtlichen Gerichte sind die allgemeinen Gerichte erster Instanz für Zivilsachen, 7 davon sind Bezirksgerichte in Budapest und 96 sind Stadtgerichte. Wenn in erster Instanz ein örtliches Zivilgericht zuständig ist, wird als allgemeine zweite Instanz das Komitatsgericht bzw. das Hauptstädtische Gericht tätig. In bestimmten Angelegenheiten ist das Komitatsgericht bzw. das Hauptstädtische Gericht in erster Instanz tätig, vor allem in folgenden Fällen:

- a) *Vermögensrechtliche Prozesse, bei denen der Prozesswert HUF 10 Mio. übersteigt.* Da diese Summe nicht allzu hoch ist, gelangen die wirtschaftlich einigermaßen bedeutsamen Angelegenheiten zwangsläufig schon in der ersten Instanz vor das Komitats- bzw. das Hauptstädtische Gericht.
- b) *Urheberrechtliche Prozesse.*
- c) *Internationale Transport- und Speditionsgeschäfte.* Die Gründe, warum internationale Transport- und Speditionsgeschäfte nach wie vor schon in erster Instanz von dem Komitats- bzw. dem Hauptstädtischen Gericht behandelt werden sollen, sind etwas schwer zu erkennen. Bei der Einführung dieser Regelung wurde argumentiert, dass internationale Transport- und Speditionsgeschäfte speziell, vor allem durch internationale Abkommen und Usancen geregelt sind und sowohl von den Parteien als auch vom Richter ein gewisses Fachwissen erfordern.
- d) *Anfechtung von Schiedssprüchen und Schiedsvergleichen.* Gemäß § 55 des Gesetzes über die Schiedsgerichtsbarkeit kann die Partei eines

Schiedsverfahrens bzw derjenige, gegen den der Schiedsspruch Verfügungen enthält, binnen sechzig Tagen nach Zustellung des Schiedsspruches Klage beim Gericht erheben, bzw Antrag auf Aufhebung des Schiedsspruches stellen (aus den im Gesetz aufgezählten Gründen).

- e) *Arbeitsrechtliche Prozesse und firmenrechtliche Verfahren*, obwohl die diese Prozesse behandelnden Gerichte konstitutionell keine unabhängigen Gerichte sind.

Wenn das Komitats- bzw das Hauptstädtische Gericht in erster Instanz tätig wird, kommt das Verfahren bereits in zweiter Instanz an den Obersten Gerichtshof (zB sämtliche gesellschaftsrechtlichen Angelegenheiten und alle Fälle des internationalen Handels). Die daraus resultierende, kaum zu bewältigende Aufgabenüberlastung des uOGH ist Quelle größter Besorgnis innerhalb des ungarischen Justizsystems. Wird etwa ein Beschluss des Registergerichts in Firmensachen angefochten, so ist damit zu rechnen, dass das Berufungsverfahren nicht früher als in zwei bis drei Jahren von dem Gericht der zweiten Instanz abgeschlossen wird. Diese unzureichende Bewältigungskapazität ist nicht nur unzumutbar für eine funktionsfähige Wirtschaft, sondern stellt auch ein verfassungsrechtliches Problem dar. Zurzeit liegt zB eine Beschwerde beim uVfGH, wonach die lange Dauer einer Berufung vor dem uOGH als Berufungsinstanz ein Verstoß gegen das in der ungarischen Verfassung verankerte Recht auf Berufung darstellt (§ 57 Abs 5), da dadurch die Möglichkeit einer faktisch effektiven Berufung genommen wird.

Es schon die ersten Bemühungen gegeben, um das Problem der hoffnungslosen Überbelastung des uOGH zu lösen. In erster Linie wird das sog Tafelgericht wieder eingeführt, eine Institution, die aus der Vorkriegszeit in Ungarn bekannt ist. Das Tafelgericht wäre als Gerichtshof zweiter Instanz in jenen Fällen tätig, die zurzeit in der ersten Instanz vor dem Komitats- bzw dem Hauptstädtischen Gericht abgewickelt werden, um dadurch eine Entlastung des uOGH herbeizuführen. Auf diese Weise werden dem uOGH vor allem die Sicherstellung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung und die sog speziellen Verfahren vorbehalten bleiben. Das ungarische Prozessrecht kennt zwei Arten solcher Spezialverfahren:

- 1) Das *Revisionsverfahren* stellt ein Rechtsmittel zur Bekämpfung rechtskräftiger Urteile dar und ist zulässig, wenn im rechtskräftigen Urteil eine materielle Gesetzesverletzung vorliegt. Das Revisionsverfahren ist auf die

meritorische Entscheidung über das Vorliegen des behaupteten materiellen Rechtsbruchs gerichtet. Neue Tatsachenfeststellungen, etwa aufgrund eigener Beweisaufnahme oder Beweismwürdigung dürfen im Revisionsverfahren nicht getroffen werden.

- 2) Ein weiteres außerordentliches Rechtsmittel ist die *Wiederaufnahme des Verfahrens*, das erst dann zulässig ist, wenn
- sich die Partei auf Tatsachen, Beweise oder andere rechtskräftige Urteile oder Beschlüsse berufen kann, die im Prozess nicht berücksichtigt worden sind, jedoch eine für sie günstigere Entscheidung bewirkt hätte ("*novum*"),
 - die Partei den Prozeß wegen einer vom Richter, der anderen Partei oder einer Dritten begangenen strafbaren Handlung verloren hat ("*crimen*"), bzw
 - in der Sache vorher bereits rechtskräftig entschieden wurde.

Die örtliche Zuständigkeit richtet sich im Allgemeinen nach dem Sitz des Beklagten (§ 29 Abs 1 uZPO). Daneben bestehen eine Reihe alternativer Gerichtsstände, bei denen der Kläger zwischen mehreren möglichen Zuständigkeiten wählen kann. Die wichtigsten Wahlgerichtsstände sind die Folgenden:

- a) *Gerichtsstand des ständigen Aufenthaltsortes des Beklagten.* In vermögensrechtlichen Prozessen kann der Kläger seine Klage auch bei einem sachlich zuständigen Gericht, in dessen Sprengel der Beklagte seinen ständigen Aufenthaltsort hat, einreichen.
- b) *Gerichtsstand des Vermögens.* In vermögensrechtlichen Angelegenheiten kann auch bei einem Gericht, in dessen Sprengel sich ein vollstreckbares Vermögen befindet, geklagt werden.
- c) *Gerichtsstand der inländischen Niederlassung.* Ausländische juristische Personen können auch bei dem Gericht geklagt werden, in dessen Sprengel sie ihren Sitz, bzw ihre ständige Vertretung in Ungarn haben.
- d) *Der Gerichtsstand des Vertragsabschlusses und des Erfüllungsortes.* In vertragsrechtlichen Angelegenheiten (wie etwa bei Klagen auf Feststellung der Gültigkeit oder Nichtgültigkeit des Vertrages, Erfüllung, Aufhebung oder Schadenersatz wegen Nicht- oder Schlechterfüllung etc) kann die Klage bei einem sachlich zuständigen Gericht, in dessen Sprengel der Vertrag abgeschlossen worden ist oder der Erfüllungsort vereinbart wurde, eingereicht werden. Generell kann man sagen, dass in handels- oder wirtschaftsrechtlichen Angelegenheiten vielfältige Wahlmöglichkeiten

bestehen, es sei denn, das Gesetz sieht für spezielle Angelegenheiten, wie zB für internationale Transportverträge Zwangszuständigkeiten vor.

- c) *Unterwerfungszuständigkeit*. In vermögensrechtlichen Angelegenheiten können Parteien selbst über die Zuständigkeit eines bestimmten inländischen Gerichtes disponieren. Die Unterwerfung und der Rechtsstreit, auf die sich die Parteien beziehen, muss entweder in einer öffentlichen oder in einer voll beweisfähigen privaten Urkunde festgelegt werden. Die Unterwerfung ist nur möglich, wenn im Gesetz keine ausschließliche Zuständigkeit vorgeschrieben wird.

An den Gerichtshöfen erster Instanz entscheidet in den meisten Fällen ein Einzelrichter; an den Gerichtshöfen zweiter Instanz der Senat, bestehend aus drei Richtern. Im Revisionsverfahren vor dem OGH besteht der Senat aus 5 Richtern. Laienrichter werden in Ungarn nur für spezielle Verfahren (wie im Arbeits- und Familienrecht) eingesetzt; in diesen Fällen besteht der Senat aus einem Berufsrichter und zwei Laienrichtern.

Eine Person, die befugt ist jemand vor Gericht zu vertreten, kann:

- entweder ein gesetzlicher Vertreter sein, der kraft Gesetzes *Vertretungsbefugnis* hat, wie zB Eltern, Ehegatte etc;
- oder ein rechtsgeschäftlicher Vertreter der beklagten oder klagenden juristischen Person sein, dessen Vertretungsbefugnis auf Vollmacht beruht, wie zB Verwandte, Streitgenossen, Rechtsanwälte, Angestellte;
- (in Firmensachen) ein Jurist sein, der beim konkreten Unternehmen als Angestellter tätig ist.

Letztere haben zwar die gleiche Ausbildung wie die Rechtsanwälte, besitzen jedoch eine auf das Unternehmen, bei dem sie angestellt sind, eingeschränkte Vertretungsmacht.

Im ungarischen Zivilprozess herrscht grundsätzlich das *Prinzip der Vertretungsfreiheit* und das wird nur selten durch eine Anwaltpflicht durchbrochen, wie zB im Revisionsverfahren vor dem uOGH, wo nicht einmal Rechtsanwaltsanwärter zugelassen sind. Zwingende Rechtsvertretung ist weiters in Firmenangelegenheiten vorgesehen, dh vor dem Firmengericht können Parteien nur

von einem Rechtsanwalt gegengezeichnete Urkunden einreichen und müssen sich immer durch einen Rechtsanwalt, bzw einen Syndikus vertreten lassen.

In der ersten und zweiten Instanz betragen die *Prozessgebühren* jeweils 6% des Streitwertes, ebenso im Falle eines Revisionsverfahrens. Zusätzlich muss man mit den Beweisführungskosten ,die sich aus Kosten für die Sachverständigen, Gerichtsdolmetscher und Zeugen zusammensetzen sowie mit Vertretungskosten rechnen.

In Ungarn bestehen keine, von der Rechtsanwaltskammer zusammengestellte Honorartabellen, so nimmt das Gericht selbst Einfluss auf die Anwaltshonorare. Bis vor kurzem besagte eine - verfassungsrechtlich bedenkliche - Verordnung des Justizministers, dass in einem Prozess ein Höchstwert von 5% des Prozesswertes als Anwaltshonorar gegenüber der gegnerischen Partei geltend gemacht werden kann. Diese Verordnung wurde aufgehoben und ein neues System etabliert, wonach man als Anwaltshonorar dem Gericht alles vorlegen kann, was eine Partei als Anwaltskosten dokumentieren kann. Die Partei muss also entweder den gesamten Anwaltsauftrag vorlegen, was wiederum aus Disziplinargründen als äußerst bedenklich erscheint, da dadurch Informationen bekannt gegeben werden, die von der Verschwiegenheitspflicht des Rechtsanwaltes erfasst werden sollten, oder der Rechtsanwalt müsste eine zweite Vereinbarung mit dem Klienten abschließen, die als Vorlage beim Gericht dienen soll, was eine ziemlich schwerfällige Lösung zu sein scheint. Es liegt aber letztendlich nach wie vor im Ermessen des Gerichtes zu entscheiden, welche gegnerischen Anwaltskosten der im Prozess unterliegenden Partei auferlegt werden.

Es sei noch erwähnt, dass - abweichend von der früheren Regelung - nunmehr auch Erfolgshonorare geduldet werden.

Unter *Sachverständigen* werden in der Gerichtspraxis traditionell nur die gerichtlich beeideten, vom Gericht bestellten Sachverständigen verstanden, obwohl im ungarischen Zivilprozess das Prinzip der freien Beweiswürdigung herrscht, das besagt, dass das Gericht keineswegs auf die Würdigung der Aussagen von gerichtlich beeideten Sachverständigen beschränkt ist. Trotzdem tendierten die Gerichte bis vor kurzem noch dazu, die Aussagen jener Sachverständigen, die von den Parteien herangezogen worden sind, als bloße private Meinung zu betrachten und dementsprechend zu beurteilen. Da ist neuerdings ein langsamer Meinungswandel zu beobachten.

4.1.2. PHASEN DES PROZESSVERFAHRENS.

- 1) *Klage (Zahlungsbefehl)*. Ein Anspruch kann nicht nur durch eine Klage, sondern auch durch einen Zahlungsbefehl geltend gemacht werden, wobei sich der Zahlungsbefehl automatisch in eine Klage umwandelt, wenn die zur Zahlung aufgeforderte Partei Einwand erhebt. Der Antrag auf Zahlungsbefehl kostet im Gegensatz zu einer Klage nur die Hälfte an Gebühren, die fehlende Summe ist jedoch nachzuzahlen, wenn sich der Zahlungsbefehl in einen Prozess umwandelt. Der Vorteil eines Verfahrens auf Zahlungsbefehl liegt in der Möglichkeit, rasch ein rechtskräftiges Urteil zu erlangen falls die gegnerische Partei keinen Einwand erhebt.
- 2) *Verhandlung*. Die Gerichtsverhandlung ist nach kontinentaleuropäischem Muster ein kontradiktorisches Verfahren.
- 3) *Beweisführung*. Im ungarischen Zivilprozess herrscht - wie bereits im Zusammenhang mit den Sachverständigen erwähnt - das Prinzip der freien Beweiswürdigung. Die Parteien können an Beweisen alles einbringen, was sie für zweckmäßig einstufen und das Gericht kann frei entscheiden, welche Beweisstücke und in welchem Ausmaß es gelten lassen will.
- 4) *Urteil*. Grundsätzlich werden materielle Rechtsfragen in Urteilsform entschieden, die verfahrensrechtlichen Fragen hingegen in Beschlussform. Gegen das Urteil kann binnen 15 Tagen Berufung erhoben werden.
- 5) *Das Verfahren in der zweiten Instanz*. Die Verhandlung verläuft in der zweiten Instanz im Wesentlichen wie in der ersten Instanz, mit dem großen Unterschied, daß eine ausführliche Beweisführung in der zweiten Instanz nicht durchgeführt wird. Falls das Gericht in zweiter Instanz die Wiederholung, bzw die Ergänzung der Beweisaufnahme als notwendig erachtet, macht es meistens von seinem Recht Gebrauch, die Rechtssache zu einer neuerlichen Beweisaufnahme an das Erstgericht zurückzuverweisen. Ein Neuerungsverbot in der zweiten Instanz gibt es insofern, dass eine in der ersten Instanz schuldhaft versäumte Beweisführung in der zweiten Instanz nicht nachgeholt werden kann.

Das Urteil in der zweiten Instanz ist rechtskräftig, also nicht mehr anfechtbar. Gegen die Urteile der zweiten Instanz können nur außerordentliche Rechtsmittel geltend gemacht werden, nämlich die früher schon erwähnte Wiederaufnahme des Verfahrens und die Revision.

4.2. SCHIEDSGERICHTSBARKEIT

Das ungarische Gesetz über die Schiedsgerichtsbarkeit ist ein modernes, auf dem UNCITRAL Modellgesetz basierendes Gesetzeswerk; es enthält die neuesten internationalen Entwicklungen. In den internationalen Handelsbeziehungen besteht fast unbegrenzt die Möglichkeit, Streitigkeiten vor einem Schiedsgericht auszutragen. Begrenzungen werden eher für rein innerstaatliche Angelegenheiten ohne wirtschaftlichen Bezug von Bedeutung sein.

Anstelle eines gerichtlichen Verfahrens ist ein schiedsrichterliches Verfahren gem. § 4 des Schiedsgesetzes dann zulässig, wenn:

- mindestens eine der Parteien eine sich berufsmäßig mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit befassende Person ist und die Rechtsstreitigkeit mit dieser Tätigkeit verbunden ist,
- die Parteien über den Gegenstand des Verfahrens frei verfügen können.

Parteien verfügen etwa dann über den Gegenstand des Prozesses nicht frei, wenn gesetzlich die zwingende Kompetenz eines ordentlichen Gerichtes vorgesehen ist. Die Kompetenz eines Schiedsgerichtes wird durch eine Schiedsvereinbarung zwischen den Parteien begründet, die entweder in Form einer Klausel im Vertrag (Schiedsklausel) oder in Form einer selbständigen Vereinbarung (Schiedsvertrag) abgeschlossen werden kann (§ 5 des Schiedsgesetzes).

Das Verfahren vor dem Schiedsgericht verläuft nach der Verfahrensordnung der gewählten Schiedsinstitution oder - im Falle einer *Ad-hoc-Schiedsgerichtsbarkeit* - nach der Vereinbarung der Parteien für den Einzelfall.

Die Vollstreckung von Schiedssprüchen ist dank des New Yorker Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche gewährleistet. Sprüche nicht zuständiger Schiedsgerichte - wobei die Frage der Zuständigkeit nach ungarischem Recht beurteilt wird - sind nicht vollstreckbar, ebenso wenig ein Spruch, der gegen die *ordre public* verstößt. So würde man wahrscheinlich ein unter einem diktatorischen Regime, und daher von dem ungarischen Staat nicht akzeptierten Rechtsordnung zustande gekommenen Schiedsspruch in Ungarn nicht vollstrecken können.

Der von einem Schiedsgericht erlassene Spruch wird von dem ordentlichen Gericht vollzogen, das den Spruch vorher einer formalen Prüfung unterzieht. Dabei wird

geprüft, ob das Schiedsgericht Kompetenz zur Entscheidung in der Sache gehabt hat, ob also eine mit dem Willen beider Parteien übereinstimmende Schiedsvereinbarung vorliegt, des Weiteren, ob das Schiedsgericht seine eigene Verfahrensordnung eingehalten hat.

5. FORDERUNGSEINTREIBUNG

Prinzipiell stehen zwei juristische Wege offen, um eine Forderung tatsächlich geltend zu machen: der Prozessweg und die Liquidation.

- 1.) *Prozessweg*: Der Anspruchsberechtigte kann durch ein Verfahren mit Erlassung eines Urteils oder eines Zahlungsbefehls zu einer rechtskräftigen Entscheidung kommen. Aufgrund des Urteiles kann beim zuständigen Gerichtshof erster Instanz der Antrag auf Vollstreckung gestellt werden. Der Antrag wird einer formellen Prüfung unterzogen und anschließend an den Gerichtsvollzieher¹³ weitergeleitet, der sämtliche, gesetzlich vorgesehene Maßnahmen ergreift. Wenn es sich um Unternehmen handelt, die in Ungarn bei einer Bank ein Konto haben, muß als erster Schritt immer das Inkassoverfahren eingeleitet werden. Dabei hat der Antragsteller das rechtskräftige Urteil des Gerichts bei seiner Bank einzureichen, die es an die kontoführende Bank des Schuldners weiterleitet, mit der Verpflichtung, die Vollstreckung *de facto* durchzuführen, also die Summe der Forderung zugunsten des Antragstellers zu beheben, vorausgesetzt, der Verpflichtete hat ausreichend Geld auf seinem Konto. Erst wenn das Inkassoverfahren ergebnislos verlaufen ist, kommt es zu den üblichen Maßnahmen der Gerichtsvollstreckung, wobei es zur Pfändung bzw Versteigerung des Vermögens des Schuldners kommt. Gepfändet werden in erster Linie das Einkommen (Gehalt), dann das Vermögen und vermögenswerte Sachen, nachfolgend bewegliche Sachen und schließlich Liegenschaften. Für die Kosten der Vollstreckung muss eine Gebühr von 1%, maximal HUF 2.000,- – 100.000,- hinterlegt werden. Das Honorar des Gerichtsvollziehers bewegt sich zwischen 0.5% und 3% zuzüglich einer Kostenpauschale, die 50% seiner prozentuellen Beteiligung ausmacht.

¹³ Gerichtsvollzieher arbeiten zwar auf eigene Rechnung und eigenes Risiko, sind aber rechtlich und disziplinar dem Gericht unterstellt.

2.) *Liquidation*: In Ungarn haben wir es mit einer sehr strengen Liquidationsregelung zu tun, streng in dem Sinn, dass ein sorgloser Schuldner – falls er Unternehmer ist, (Privatkonkurs gibt es in Ungarn zurzeit noch nicht) - ziemlich schnell vor das Konkursgericht gelangen kann, ohne tatsächlich zahlungsunfähig zu sein. Wenn ein Schuldner eine Schuld ohne den Grund bekannt zu geben nicht tilgt, kann der Gläubiger nach 60 Tagen bei Gericht eine Liquidation gegen den Schuldner beantragen. Ein konkretes Beispiel: Die Tochtergesellschaft eines österreichischen Unternehmens mit wirtschaftlich gewichtigen Umsätzen konnte sich kaum vor dem Konkurs in Ungarn zu retten, weil der Geschäftsführer des Unternehmens trotz Mahnung des Gläubigers und nachfolgend des Gerichts eine relativ geringfügige Rechnung nicht beglichen hat. Bis es dann in solchen Fällen gelingt, das Liquidationsverfahren einzustellen, sind in der Regel nicht nur erhebliche materielle Schäden entstanden, sondern der Schaden erstreckt sich gegebenenfalls auch auf die Reputation des Unternehmens. Der Liquidator ist nämlich in solchen Fällen nicht verpflichtet, zu berücksichtigen, dass *de facto* gar keine Zahlungsunfähigkeit vorliegt.

Der Antrag auf Liquidation kann nach Ablauf einer Frist von 60 Tagen ab dem Tag an dem der Schuldner die Zahlungsaufforderung erhalten hat, beim Liquidationsgericht gestellt werden. Das Gericht wird auf Grund des Antrags den Schuldner auffordern, Stellung zu nehmen, wobei der Schuldner jetzt keine Möglichkeit mehr hat, die Forderung inhaltlich zu bestreiten, er kann lediglich glaubhaft machen, dass ihm etwa die Existenz der Forderung nicht bekannt war. Gelingt ihm das nicht, wird das Gericht das Konkursverfahren einleiten; das Gericht hat erst im Zuge des Verfahrens die echte Zahlungsunfähigkeit zu prüfen. Bis dahin können aber durch die Liquidation die oben genannten Schäden entstehen. Daher ist es nach geltendem ungarischem Recht von essentieller Bedeutung, zu offenen Rechnungen Stellung zu nehmen, sie gegebenenfalls zu bestreiten, aber keineswegs unberücksichtigt zu lassen. Die bloße *rechtzeitige* Bestreitung der Forderung ist ausreichend, um eine Liquidation zu verhindern und die bloße Versäumnis ist wiederum ausreichend um in eine Liquidation gestürzt zu werden.

Falls es dann doch zu einer Auflösung durch Liquidation kommen sollte, wird der Liquidator das Vermögen unter Einhaltung inhaltlicher und prozessualer Vorschriften, die teils die Interessen des Gläubigers, teils die des Schuldners schützen, verwerten.

Aus dem verwerteten Vermögen werden die Gläubiger befriedigt. Der Schuldner wird im Handelsregister gelöscht.

Eine abschließende Bemerkung.

Rein taktisch gesehen verspricht die Liquidation als Eintreibungsmethode im Gegensatz zu einem Prozess erst dann Erfolg, wenn die oben erwähnten Bedingungen für die Beantragung der Liquidation erfüllt sind und der Schuldner keine Absicht hat mit seiner Geschäftstätigkeit aufzuhören.

Abkürzungsverzeichnis

Abs	Absatz
Art	Artikel
Aufl.	Auflage
BA	Brüsseler Abkommen
bzw	beziehungsweise
f	folgender, -e, -es
ff	und die Folgenden
GesetzesVO	Gesetzesverordnung (Verordnung mit Gesetzeskraft)
iVm	im Verbindung mit
UIHK	Ungarische Industrie- und Handelskammer
uZGB	Ungarisches Zivilgesetzbuch
uZPO	Ungarische Zivilprozessordnung
dh	das heisst
BH	Bírószági Határozatok = Sammlung der Gerichtsentscheidungen
z.B.	zum Beispiel
USD	United States Dollar
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
New Yorker Abkommen	United Nations Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards, on 10 June 1958
COTIF	Convention relative aux transports internationaux ferroviaires = Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr
u.a.	unter anderem
CMR	Convention relative au Contrat de transport international de marchandises par route = Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr
uGWG	Gesetz Nr. CXLIV. aus dem Jahre 1997 über die Wirtschaftsgesellschaften
HUF	Hungarian Forint
INCOTERMS	International Commercial Terms
EDV	Elektronische Datenvereinbarung

u	ungarischer, -e, -es
BA	Brüsseler Abkommen
zB	zum Beispiel
bzw	beziehungsweise
bzgl	bezüglich
G	Gesetz
f	folgender, -e, -es
EU	Europäische Union
WK	Wiener Kaufrechtsabkommen (Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf - UN-Kaufrecht)
zT	zum Teil
S	Seite
RL	Richtlinie
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
s	siehe
UGWG	Ungarisches Gesetz über die Wirtschaftsgesellschaften = Gesetz Nr. CXLIV. aus dem Jahre 1997 über die Wirtschaftsgesellschaften
DAF	Delivered at Frontier = geliefert Grenze
DDU	Delivered Duty Unpaid = geliefert unverzollt
ICC	International Chamber of Commerce (Internationale Handelskammer)
uIPR	Ungarisches Gesetz über das Internationale Privatrecht

Bisher erschienen:

Schriftenreihe des FOWI:

1.	ČSFR	<i>Doralt/Svoboda/Solt</i>	GmbH - Mustervertrag CSFR
2.	Russland	<i>Puseizer/Micheler/Kozak</i>	Die russische Aktiengesellschaft*)
3.	Slowenien	<i>Tischler</i>	Investieren in Slowenien, 2. Aufl
4.	Bulgarien	<i>Daskalov/Kalss</i>	GmbH - Mustervertrag Bulgarien
5.	ČR, SR	<i>Dedič/Baumgartner</i>	Tschechisches und slowakisches Wirtschaftsrech
6.	Russland	<i>Puseizer</i>	Außenhandel mit Russland - Foreign Trade with Russia
7.	Ungarn	<i>Doralt/Török</i>	AG - Mustersatzung Ungarn
8.	Slowenien	<i>Knaus/Korosec</i>	Die slowenischen Rechnungslegungsstandards
9.	Russland	<i>Reinisch/Hafner</i>	Staatensukzession und Schuldenübernahme beim Zerfall der Sowjetunion
10.	Slowenien	<i>Doralt/Kocbek/Pivka</i>	Die Aktiengesellschaft und ihre Satzung nach slowenischem Recht
11.	Kroatien	<i>Tatjana Josipović</i>	Das Grundbuchsrecht in der Republik Kroatien

Arbeitspapiere des FOWI:

1	ČSFR	<i>Baumgartner</i>	Das neue tschechoslowakische Gewerberecht*)
2	ČSFR	<i>Dedič</i>	Der Prozess der Privatisierung in der CSFR*)
3	ČSFR	<i>Dedič</i>	Allgemeine Bemerkungen zum tschechoslowakischen Handelsgesetzbuch*)
4	ČSFR	<i>Dedič</i>	Ausländische Unternehmen in der Tschechoslowakei - Rahmenbedingungen*)
5	ČR, SR	<i>Dedič</i>	Tschechisches und slowakisches Aktienrecht*)
6	Ungarn	<i>Richter/Gálffy/Bödecs</i>	Der Jahresabschluß nach dem neuen RLG*)
7	ČR, SR	<i>Baumgartner</i>	Der Untergang der CSFR und seine rechtliche Bewältigung
8	Ungarn	<i>Eörsi</i>	Privatisation in Hungary*)
9	Bulgarien	<i>Daskalov</i>	Die GmbH gemäß dem bulgarischen Gesellschaftsrecht
10	ČR, SR	<i>Petrus</i>	Eigentums- und Nutzungsrechte in der Tschechischen und Slowakischen Rechtsordnung
11	Slowenien	<i>Knaus/Puh/Ogris</i>	Verordnung über die Methodologie zur Erstellung der Eröffnungsbilanz
12	Ungarn	<i>Gálffy</i>	GmbH & Co KG in Ungarn - Eine Alternative für österreichische Investoren?
13	Russland	<i>Puseizer/Micheler</i>	Die Rechtsgrundlagen des Außenhandels mit Rußland*)
14	Russland	<i>Sadikov/Micheler</i>	Neuerungen im Russischen Wirtschaftsrecht – Ein Überblick*)
15	Russland	<i>Puseizer/Micheler</i>	Handelsgerichtsbarkeit in Rußland
16	Slowenien	<i>Strnad</i>	Die Rechtsstellung ausländischer Personen in der Republik Slowenien
17	Russland	<i>Puseizer</i>	Politisches Risiko Rußlands - Beurteilung ausgewählter Risiken*)
18	Bulgarien	<i>Dimitrov</i>	Die Handelsvertretung nach dem bulgarischem Handelsgesetz
19	Russland	<i>Pramböck</i>	Der Neubeginn der Börsen in Rußland am Beispiel der Waren- und Wertpapierbörse "St. Petersburg"
20	Bulgarien	<i>Daskalov</i>	Rechtliche Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen in Bulgarien
21	Ungarn	<i>Török/Riel/Gálffy</i>	Das ungarische Insolvenzrecht*)

22	Slowenien	<i>Ogris-Martic</i>	Rechnungslegung und Steuern in Slowenien
23	Tschechien	<i>Munková/Bučková/Thurner</i>	Tschechisches Insolvenzrecht, 2. Aufl
24	Tschechien	<i>Hajn/Bučková/Schauer</i>	Die Bestimmungen über den unlauteren Wettbewerb in der tschechischen Rechtsordnung
25	Polen	<i>Cierpial/Löffler</i>	Die Rechtsstellung der Geschäftsführer einer GmbH
26	Slowenien	<i>Rudolf/Strnad</i>	Hypotheken und neue Grundbuchgesetzgebung in der Republik Slowenien
27	Ukraine	<i>Frishberg</i>	Briefing Paper on Ukrainian Corporate, Real Property and Privatization Laws
28	Russland	<i>Boguslawskij</i>	Texte zum gewerblichen Rechtsschutz, zum Urheberrecht und zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in der Russischen Föderation
29	Bulgarien	<i>Landjev/Thurner/Daskalov</i>	Bulgarisches Insolvenzrecht, 2. Aufl
30	Russland	<i>Micheler/Puseizer</i>	Sacheinlagen bei Gründung von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung nach Russischem Recht
31	Tschechien	<i>Bučková/Mádr/Schauer</i>	Versicherungswesen in der Tschechischen Republik - rechtliche Rahmenbedingungen und staatliche Aufsicht
32	Ungarn	<i>Petsche</i>	Privatisierung in Ungarn
33	Russland	<i>Micheler</i>	Das neue Russische Aktiengesetz im Überblick
34	Bulgarien	<i>Daskalov</i>	Rechtliche Grundlagen der Kreditsicherungen nach bulgarischem Recht - Teil I. Realsicherungen unter Einschluss der Hypotheken
35	Tschechien	<i>Bejcek</i>	Tschechisches Kartellrecht*)
36	Polen	<i>Cierpial</i>	Die Pflicht der Vorstandsmitglieder einer GmbH in Polen zur Stellung eines Konkursantrages
37	Kroatien	<i>Gavella</i>	Kreditsicherung in der Republik Kroatien: Hypothekenrecht*)
38	Russland	<i>Verschinin/Thurner</i>	Russisches Insolvenzrecht
39	Russland	<i>Soukup-Unterweger/Frank</i>	Verordnung über Buchführung und Rechnungslegung in der Russischen Föderation (Übersetzung aus dem Russischen mit einer Einführung von Mag. <i>Albrecht Frischenschlager</i>)
40	Ungarn	<i>Gálffy</i>	Die Aktiengattung im ungarischen Aktienrecht
41	Polen	<i>Zoll/Thurner/Cierpial</i>	Polnisches Konkursrecht
42	Russland	<i>Heger/Marisin</i>	Die russische Mehrwertsteuer
43	Polen	<i>Tracz/Cierpial/Thurner</i>	Rechtliche Grundlagen der Kreditsicherungen nach polnischem Recht: Pfand und Hypothek
44	Ungarn	<i>Tercsák/Schwahofer</i>	Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung im ungarischen Recht
45	Slowenien	<i>Kocbek/Prelič/Knez/Thurner</i>	Slowenisches Insolvenzrecht
46	Polen	<i>Genow</i>	Polnische Rechnungslegung
47	Ungarn	<i>Doralt/Török</i>	Satzung der ungarischen Aktiengesellschaft – Articles of Association of the Hungarian Stock Company
48	Tschechien	<i>Peter Doralt</i>	Zur Verschmelzung und Umwandlung nach tschechischem Recht
49	Slowakei	<i>Žitňanská/Hanúsek/Stessl</i>	Slowakisches Kartellrecht
50	Slowenien	<i>Markus Bruckmüller</i>	Das slowenische Takeover-Gesetz (Übersetzung des Gesetzes: <i>Mladen Kraljić</i>)
51	Tschechien	<i>Dedič/Bučkova</i>	Das Übernahmerecht und die Meldepflicht in Tschechien
52	Ungarn	<i>Petsche</i>	Das Verbot des unlauteren Wettbewerbs in Ungarn
53	Russland	<i>Suchanov</i>	Das russische Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung
54	Ungarn	<i>Peter Doralt</i>	Das neue ungarische Aktienrecht
55	Slowenien	<i>Puh/Bruckmüller</i>	Slowenisches Kapitalmarkt- und Börserecht

56	Slowakei	<i>Žitňanská/Stessl</i>	Jüngste Änderungen im slowakischen Handelsgesetzbuch
57	Polen	<i>Cierpial/Thurner</i>	Die Hypothek in Polen. Mit der Einführung in das polnische Kreditsicherheitenwesen
58	Rumänien	<i>Saramet-Comsa</i>	Einführung in das rumänische Rechtssystem
59	Tschechien	<i>Bučková</i>	Organe der tschechischen Aktiengesellschaft
60	Bulgarien	<i>Radostina Badinska</i>	Rechtlicher Schutz des gewerblichen Eigentums in Bulgarien
61	Slowakei	<i>Ovečková/Stessl/Kraft</i>	Slowakisches Insolvenzrecht
62	Kroatien	<i>Dragutin Ledić</i>	Mitgliedschaftsrechte in kroatischen - Handelsgesellschaften
63	Slowakei	<i>Ovečková/Stessl</i>	Neuerungen im Slowakischen Handelsrecht
63A		<i>Peter Doralt</i>	Principles of Corporate Governance for EBRD Investee Companies
64	Polen	<i>Thomas Paintner</i>	Die Registrierung von Wirtschaftsunternehmen vor und nach Einführung eines computerunterstützten, landesweiten Gerichtsregisters in Polen
65	Ukraine	<i>Agafonov/Kukolevskaja/O mlečenko</i>	Ausgewählte Beiträge zum Ukrainischen Wirtschaftsrecht Teil I
66	Slowenien	<i>Michael Knaus</i>	Slowenisches Mehrwertsteuerrecht
67		<i>Kalss, FOWI</i>	"Centros" und die Beitrittswerber
68	Ungarn	<i>Laszlo Szecseny</i>	Aktuelle Fragen des ungarischen Handelsrechts
69	Ukraine	<i>Marina Tegypko</i>	Foreign Investment in Ukraine: Legal Aspects and their Implications
70	Russland	<i>Irina Dmitrieva</i>	Das russische Bilanz- und Steuerrecht
71	Slowenien	<i>Rado Bohinc</i>	Rechtsstellung der Organe der Aktiengesellschaft nach slowenischem Recht und im Rechtsvergleich
72	Bulgarien	<i>Boris Ivanov</i>	GmbH-Einpersonengründung in Bulgarien
73	Tschechien	<i>Lucie Jirásková</i>	Die GmbH-Gründung in der Praxis mit Berücksichtigung der HGB-Novelle Nr. 70/2000 Slg.
74	Russland	<i>Rustem Karimullin</i>	Die Besicherung und Geltendmachung von Forderungen in der Russischen Föderation
75	Ukraine	<i>Makarenko/Omel'cenko/</i>	Ausgewählte Beiträge zum Ukrainischen Wirtschaftsrecht Osovskij Teil II
76	Slowenien	<i>Michael Knaus</i>	Slowenisches Ertragsteuerrecht
77	Tschechien	<i>Fiala/Buckova</i>	Immobiliarsachenrecht in Tschechien
78	Slowakei	<i>Rajnoha/Kuklis/Štefanovič/i Stessl</i>	Immobiliarsachenrecht in der Slowakei
79	Polen	<i>Romana Cierpial</i>	Immobiliarsachenrecht in Polen
80	Ungarn	<i>Laszlo Jojart</i>	Immobiliarsachenrecht in Ungarn
81	Kroatien	<i>Dubravka Sekulic-Grgic</i>	Steuerrecht in Kroatien
82	Bulgarien	<i>Vessela Sotirova-Prodanova</i>	Bulgarian Accountancy and Tax Law
83	Slowenien	<i>Gerhard Sager</i>	Die Behandlung des Finanzierungsleasing im Rechnungswesen und Steuerrecht aus der Sicht von Leasinggesellschaften - Ein Vergleich zwischen Österreich und Slowenien
84	Russland	<i>Rustem Karimulin</i>	Schutz der Minderheitsanleger in Russland
85	Slowenien	<i>Michael Knaus</i>	Ertragsteuerliche Auswirkungen von Verschmelzung und Spaltung in Slowenien
86	Kroatien	<i>Tatjana Josipovic</i>	Immobiliarsachenrecht in Kroatien
87	Russland	<i>Tatjana Polivanova-Rosenauer</i>	Das neue Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und Russland
88	Russland	<i>Ilia Rachkov</i>	Das neue russische Devisenrecht
89	Russland	<i>Micheler/Bauer-Mitterlehner</i>	Russisches Verfahrensrecht
90	Tschechien	<i>Dědič/Novák</i>	Der Kapitalmarkt in der Tschechischen Republik

Landesberichte der „ARGE Rundfunkrecht in den Reformstaaten“

Die Landesberichte von Bulgarien, Polen, Albanien, Ungarn und Jugoslawien erscheinen auch in den jeweiligen Landessprachen in Buchform.

- | | | | |
|----|-------------|---|--|
| 1. | Bulgarien | <i>Tscholakov</i> | Das Recht der Rundfunkunternehmen in Bulgarien |
| 2. | Polen | <i>Banasiński/Rittler</i> | Das Recht der Rundfunkunternehmen in Polen |
| 3. | Albanien | <i>Imholz/Koçi/Rittler</i> | The Law of Broadcasting Enterprises in Albania,
2. Auflage |
| 4. | Ungarn | <i>Cseh/Halmai</i> | The Law of Broadcasting Enterprises in Hungary |
| 5. | Jugoslawien | <i>Kremenjak/Rabrenovic/
Rittler/Zivkovic</i> | The Law of Broadcasting Enterprises in the Federal
Republic of Yugoslavia |
| 6. | Tschechien | <i>Kinclová/Rittler</i> | The Law of Broadcasting Enterprises in the Czech
Republic*) |
| 7. | Slowakei | <i>Vozar/Rittler</i> | Das Recht der Rundfunkunternehmen in der
Slowakei |

*) vergriffen